



ASPEKTE 02

HUMANITÄRE HILFE IN KRIEGEN UND KONFLIKTEN

- 03 Vorwort
- 04 **Kriege und Konflikte** Analyse
- 08 **Konflikte hoher Intensität 2009** – Weltkarte
 - Diakonie Katatstrophenhilfe**
 - 10 Grundlagen und Positionen
 - 13 Arbeitsfelder
- 14 **Somalia** Überleben sichern
- 18 **Sudan, Irak** Wiederaufbau und Gesundheit
- 22 **Kolumbien** Vor Gewalt schützen
- 26 **Afghanistan** Kriegstrauma
- 30 **DR Kongo** Sexuelle Gewalt
- 34 **Liberia** Friedensarbeit
- 38 **Sicherheit der Helfer stärken** – Interview
- 40 **Brot für die Welt** Konflikttransformation
- 42 Glossar / Abkürzungen / Impressum



Liebe Leserin, lieber Leser

Seit über 50 Jahren hilft die Diakonie Katastrophenhilfe weltweit dort, wo Not am größten ist – bei Naturkatastrophen, Gewalt und Vertreibung. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen immer die Menschen, die ihre Notlage aus eigener Kraft allein nicht bewältigen können. Aus christlicher Überzeugung machen wir keinen Unterschied zwischen Notleidenden: Wir helfen allen – egal welcher Ethnie, Nationalität, Religion oder politischen Partei sie angehören. Und wir helfen allen gleich, nämlich grundsätzlich nach dem Grad ihrer Bedürftigkeit und gemäß ihrem konkreten Bedarf – ohne Vorbedingungen. Jemand muss nicht Christ sein oder werden wollen, jemand muss nicht zufällig in der Region leben, wo deutsche Interessen oder deutsches Militär im Spiel sind, um unsere Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Neutralität und Unabhängigkeit sind oberste Gebote, ja Voraussetzung für humanitäre Hilfe – gerade in gewaltsamen Konflikten. Und nur, wenn alle Konfliktparteien das Vertrauen haben, dass wir kein trojanisches Pferd für politische Zwecke sind, haben wir Zugang zu allen Opfergruppen. Vor allem aber gilt: Gottes Barmherzigkeit ist bedingungslos – so soll es auch bei uns sein!

Dies zu ermöglichen, ist auch der Sinn des humanitären Völkerrechts. Es erlegt allen Krieg führenden Parteien bindend auf, Zivilisten zu schonen und humanitäre Hilfe zu ermöglichen: Hilfsgüter, -transporte und -personen müssen prinzipiell verschont und geschützt werden, ihr Zugang zu den Hilfsbedürftigen darf nicht behindert, sondern muss ermöglicht werden. Beachtet wird es immer weniger – man denke nur an Irak, Gaza, Sri Lanka etc. Die Reihe ließe sich lang fortsetzen. Stattdessen gewinnt der Gedanke einer engen Kooperation zwischen Militär und zivilen Hilfsorganisationen in Nato, Europäischer Union, Bundeswehr und Bundesregierung immer mehr an Faszination. Zivile Helfer als „weiche“ Komponente der Kriegsführung, um die Akzeptanz der kriegführenden Parteien in der Bevölkerung zu erhöhen, ihr nahe zu kommen und Informationen von ihr zu bekommen. Der humanitäre Gedanke gerät gerade durch solche Instrumentalisierungsversuche der westlichen Nationen, die doch als Väter und Hüter des Menschen- und Völkerrechtsgedankens gelten, immer mehr in Misskredit. So es ist kein Wunder, dass humanitäre Helfer als fünfte Kolonne betrachtet und beschossen werden!

Macht es Sinn, daran festzuhalten – auch wenn sie immer mehr ignoriert werden? Wenige in Gesellschaft und Kirche tun es noch, zu unpopulär ist der dahinter stehende Grundgedanke, die Gewalt zivilisieren, ihr Grenzen zum Schutz der Menschen einziehen zu wollen. Richtiger und wichtiger erscheint, jedwede Gewalt grundsätzlich abzulehnen. Auch wir haben eine prioritäre Option für Gewaltfreiheit. Die Diakonie Katastrophenhilfe tut sehr viel zur Gewaltprävention, zur friedlichen Lösung von Konflikten, zur Herstellung von gerechtem Frieden, wie Sie diesem Heft entnehmen können. Wir sehen darin den Königsweg. Aber dieser Weg prägt gegenwärtig nicht die Realität. Unser Credo zum Gott geschenkten Lebensrecht eines jeden Menschen muss inmitten von Gewalt durchtragen – selbst wenn man sich die Hände schmutzig oder sich unbeliebt macht. Darum halten wir auch und gerade in Gewaltkonflikten an den Prinzipien der humanitären Hilfe fest und wollen das humanitäre Völkerrecht wieder gestärkt sehen.

Voller Respekt und Hochachtung möchte ich all denjenigen Mitarbeitenden von Partnerorganisationen gedenken, die sich mutig und vorbehaltlos für die Opfer gewaltsamer Konflikte eingesetzt und dabei ihr eigenes Leben verloren haben. Ihr Engagement für gewaltlose Konfliktlösungen und ihr Glaube an ein friedliches Zusammenleben sind für uns eine Mahnung, den Weg an der Seite der Menschen in Not unbeirrt fortzusetzen.

Ihre

Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel
Präsidentin Diakonie Katastrophenhilfe



Kriegsschauplatz Dritte Welt

Prof. Dr. Volker Matthies

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es weltweit insgesamt weit über 200 Kriege¹, von denen die meisten innerstaatliche Konflikte bzw. Bürgerkriege waren, die in der Regel weitaus länger dauerten und für die Zivilbevölkerung schlimmere Folgen hatten als die „klassischen“ Kriege zwischen Staaten. Demgegenüber ging die Zahl zwischenstaatlicher Kriege merklich zurück. Allerdings wies auch die große Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte, im Völkerrecht „Nicht-Internationale bewaffnete Konflikte“ genannt, eine internationale Dimension auf – durch externe Einmischungen ebenso wie durch ihre Einbettung in regional- und weltpolitische sowie weltwirtschaftliche Kontexte.

Die Mehrzahl aller Kriege seit 1945 wurde in der sogenannten „Dritten Welt“ ausgetragen, also in Asien, Afrika und Lateinamerika, mit einer geschätzten Gesamtzahl an Kriegstoten von über 40 Millionen,² überwiegend Zivilisten. Daher ließe sich durchaus von einem „Dritten Weltkrieg in der Dritten Welt“ sprechen, an dem jedoch auch westliche Industriegesellschaften auf vielfältige Weise beteiligt waren: durch militärische Interventionen, Waffenlieferungen, ökonomische Komplizenschaften und diplomatisch-politische Schützenhilfe.

In den letzten 15 Jahren ist ein deutlicher Trend zu weltweit immer weniger kriegerischen Konflikten zu beobachten.

Dieser Trend hielt auch im Jahr 2009 an, in dem es insgesamt 34 Kriege und bewaffnete Konflikte gab, der niedrigste Stand im globalen Kriegsgeschehen seit 1993.

In der regionalen Verteilung der Gewaltkonflikte im Jahr 2009 zeigt sich, dass die Dritte Welt auch weiterhin der Hauptkriegsschauplatz der Gegenwart ist: In Asien und Afrika gab es 2009 jeweils elf kriegerische Konflikte (u.a. in Indien, Myanmar, Pakistan, Thailand, auf Sri Lanka und den Philippinen sowie im Kongo, in Somalia, im Sudan, im Tschad und in Uganda), im Vorderen und Mittleren Orient neun (u.a. in Afghanistan, im Irak, in Palästina und im Jemen) und in Lateinamerika drei (u.a. in Kolumbien und in Peru).

Vergessene Kriege

Der Trend einer Abnahme kriegerischer Konflikte mit hoher Gewaltintensität bedeutet aber nicht unbedingt, dass die Welt friedlicher geworden wäre oder werden wird.³ Denn seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich eine wachsende Zahl von Konflikten mittlerer und niedriger Gewaltintensität beobachten, die ein erhebliches kriegerisches Eskalationspotential aufweisen. Zu diesem Potential könnte künftig auch der Klimawandel beitragen, der mancherorts unter ungünstigen sozialen und ökonomischen Bedingungen womöglich negative Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben von Gesellschaften haben wird. Derartige Konflikte werden jedoch, da sie noch wenig spektakulär sind, von den Medien kaum beachtet.

Doch auch Gewaltkonflikte hoher Intensität werden keineswegs alle gleichermaßen von den Medien und der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Daher lassen sich viele von ihnen als „vergessene Kriege“ bezeichnen. Insbesondere Kriege in Afrika gehören zu den am meisten von den Medien vernachlässigten Gewaltkonflikten. Demgegenüber zählen die Kriege in Afghanistan oder im Nahen Osten zu den medial und politisch „attraktiveren“ und „prominenteren“ Auseinandersetzungen. Offensichtlich finden solche Kriege eine besondere Aufmerksamkeit, die wichtige Interessen westlicher Industrieländer berühren, an denen Truppen aus diesen Ländern aktiv teilnehmen und/oder denen eine überregionale oder gar weltpolitische Bedeutung zugesprochen wird.

Ein neuer Kriegstypus

Einige der aktuellen Gewaltkonflikte, wie z.B. die in Somalia, in der Demokratischen Republik (DR) Kongo, im Sudan, in Afghanistan und in Kolumbien, weisen Elemente auf, die seit geraumer Zeit dem Typus sog. „neuer Kriege“ zugeschrieben werden. Dazu zählen vor allem:

die Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt

Bei zunehmender Schwäche oder dem Zerfall von staatlichen Gewaltmonopolen und Strukturen gelten die Staaten und Regierungen nicht länger als die „Herren des Krieges“

wie in den zwischenstaatlichen Kriegen. Vielmehr werden sie im Kontext sogenannter „asymmetrischer Konflikte“ zunehmend von einer Vielzahl nichtstaatlicher Gewaltakteure herausgefordert, etwa von lokalen „Kriegsherren“, Aufständischen, Terroristen, Milizen, Söldnern sowie privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen. Insbesondere die Figur des „Warlords“ wurde zum Prototyp des Gewaltakteurs in den neuen Kriegen, wo er beispielsweise in Somalia, in Afghanistan und in der DR Kongo eine prominente Rolle spielte und spielt;

die Ökonomisierung und Kommerzialisierung kriegerischer Gewalt

Im Gegensatz zu der berühmten Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gilt der neue Krieg eher als eine Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln, bei der gewaltunternehmerische Kalküle das Geschehen bestimmen. Politische Motive werden von Gewaltunternehmern nur instrumentell zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile eingesetzt. Typisch hierfür sind die Formierung von sogenannten „Gewaltmärkten“ und „Kriegsökonomien“, verbunden mit Raub, Erpressung, Schmuggel, dem Missbrauch humanitärer Hilfe sowie vor allem der Ausplünderung wertvoller Ressourcen (wie z.B. Edelhölzer, Gold, Diamanten und Drogen).⁴ Dabei ist im Kontext der ökonomischen Globalisierung die Komplizenschaft mit externen Akteuren und internationalen Wirtschaftsunternehmen unabdingbar, um die Vermarktung solcher Plünderungsgüter sicherzustellen. Derartige Kriegsökonomien fanden und finden sich z.B. in der DR Kongo („Blutdiamanten“, Gold und Coltan), in Liberia (Edelhölzer), in Sierra Leone („Blutdiamanten“), in Kolumbien (Drogen: Kokain) und in Afghanistan (Drogen: Heroin);

die Regellosigkeit und Barbarisierung kriegerischer Gewalt

In den neuen Kriegen gibt es im Unterschied zu zwischenstaatlichen Kriegen keine Trennung zwischen Front und Hinterland sowie zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten. Daher neigen Gewaltakteure in diesen Kriegen dazu, die Normen des humanitären Völkerrechts zu missachten und die gezielte Gewaltanwendung gegen Zivilisten zu einem strategischen Element ihrer Kriegsführung zu

¹ Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) gibt die Gesamtzahl der Kriege mit 238 an. Auch die folgenden Angaben zu den Kriegen im Jahr 2009 stützen sich auf Daten der AKUF.

² Zahlenangabe nach Milton Leitenberg: Deaths in Wars and Conflicts in the 20th Century, Cornell University Peace Studies Programm, Occasional Paper No. 29, 3rd ed., 2006.

³ Siehe hierzu Die Friedens-Warte: Kritische Stimmen zum Human Security Report 2005, Nr. 2/2006.

⁴ Siehe hierzu Monika Heupel: Die Gewaltökonomien der „Neuen Kriege“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 46/2009 vom 9. November 2009, S. 9-14.

machen. Nicht mehr die offene Entscheidungsschlacht zwischen Kombattanten steht im Zentrum der Gewaltausübung, sondern das Massaker an der Zivilbevölkerung. Allerdings galten auch schon frühere Kriege (wie z.B. die Frankreichs in Algerien und Indochina, der USA in Vietnam und der UdSSR in Afghanistan) wegen ihrer Gräueltaten an der Zivilbevölkerung als „Schmutzige Kriege“.

Ursachen der Gewaltkonflikte

Innerstaatliche Gewaltkonflikte werden meist auf politisch-gesellschaftliche Zerklüftungen sowie auf Legitimitäts- und Effizienzdefizite staatlicher Herrschaft zurückgeführt. Als konkretere Ursachen gelten vor allem die Ungleichheit politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Beteiligungs- und Entfaltungschancen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, ferner eine illegitime und repressive oder schwache und zerfallene Staatlichkeit, sowie fehlende Institutionen und Verfahren für einen friedlichen Ausgleich divergierender Gruppeninteressen. Auf diesem Hintergrund kann es bei einer krisenhaften Verschärfung der gesellschaftlichen Situation – etwa durch eine plötzliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage oder durch akute politische Umwälzungen – zu Verlust- und Existenzängsten sowie zu intensivierte Verteilungskonflikten um politische Macht und materielle Ressourcen kommen. Resultate sind dann oft Gewaltkonflikte in Form von Aufständen, Anti-Regime- und Guerillakriegen (wie z.B. in Lateinamerika und im Sudan), Separations- und Sezessionsbewegungen (wie z.B. der Tamilen auf Sri Lanka) sowie die Ausformung eines „Kriegsherrentums“, also die Etablierung von gewalttätigen Teilherrschaften auf dem Territorium eines zerfallenen Staates zur Plünderung von dessen Ressourcen (wie z.B. in Afghanistan, in Somalia und in der DR Kongo).

Dem Konzept der „neuen Kriege“ zufolge resultieren diese allerdings nicht so sehr aus sozialer Ungleichheit oder politisch-staatlichen Defiziten, sondern vor allem aus dem Bereicherungsinteresse und der materiellen Gier von Machtcliquen und parasitären Eliten. In dieser Sicht gleichen viele der aktuellen Gewaltkonflikte eher wirtschaftlichen Raubzügen und Formen organisierter Wirtschaftskriminalität als herkömmlichen Kriegen. Doch selbst viele der als Prototypen neuer Kriege geltenden afrikanischen Gewaltkonflikte waren und sind keineswegs lediglich „Kriege der Gier“. Ihre tieferen Ursachen waren eher sozialer und politischer Art: die Zentralisierung der Macht, die Unterdrückung der Opposition, die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen und Landesteile, ungleiche Beteiligungs- und Entfaltungschancen, der Zerfall effektiver Staatlichkeit sowie die Perspektivlosigkeit vieler Menschen und insbesondere der männlichen Jugend. Erst nach dem Ausbruch der Kriege

spielte die materielle Gier von Gewaltunternehmern in Komplizenschaft mit externen wirtschaftlichen Akteuren eine zentrale Rolle bei der Finanzierung und Dynamisierung der Kriegshandlungen.

Die Zivilbevölkerung im Kreuzfeuer der Kriegsparteien

Kriege sind vor allem humanitäre Katastrophen. Dies gilt auch für die gegenwärtigen Gewaltkonflikte und „neuen“ Kriege, in denen Schätzungen zufolge bis zu 80 Prozent der Kriegspfer Zivilisten sind. In vielen dieser Auseinandersetzungen betreiben die regulären Kampfverbände häufig eine militärische sowie menschen- und völkerrechtliche „Entgrenzung“ ihres Kampfes gegen die meist schwer fassbaren irregulären Gegner. Dabei kommt es vielfach zu Kriegsverbrechen, Gräueltaten und Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung, die unter dem Generalverdacht steht, den regierungsfeindlichen Kräften behilflich zu sein.

Zudem gehören „Zivilisten“ in einer Kriegsgesellschaft meist unterschiedlichen politischen, ethnisch-kulturellen und ökonomischen Gruppen und Netzwerken an und geraten daher häufig in das Kreuzfeuer der Kriegsparteien. Dabei werden Menschen getötet und verwundet, entwurzelt und zur Flucht getrieben, der Auszehrung und dem Hunger preisgegeben, terrorisiert und ausgebeutet. Infrastrukturen und Siedlungen werden weitflächig zerstört, ökologische Schäden angerichtet sowie die ländliche Produktion und der Handel beeinträchtigt. Dadurch wird der Zugang zu Gütern der Grundversorgung wie Nahrung, Wasser und Gesundheit erschwert, mit verheerenden Rückwirkungen auf die (Über-)Lebensperspektiven großer Teile der Bevölkerung. Schließlich kommt es infolge der langjährigen Schrecken des Krieges zu weit verbreiteten Traumatisierungen.

Die großen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung resultieren aber meist nicht aus direkter Gewalt- und Waffeneinwirkung, sondern eher aus indirekten Kriegsfolgenwirkungen. Dies gilt insbesondere für den Zerfall von Infrastrukturen und den mangelnden Zugang zu (über)lebenswichtigen Ressourcen. Komplexe humanitäre Katastrophen sind dann die Folge. Dies galt und gilt z.B. in den letzten Jahren für die Massentötungen, Vergewaltigungen und Vertreibungen in Darfur/Sudan sowie für die Kriege in der DR Kongo, deren Opferbilanz mit mehreren Millionen Toten und drei Millionen Binnenflüchtlingen als die größte humanitäre Katastrophe seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gilt.

Zum Blutzoll gegenwärtiger Kriege gehören neben den Getöteten auch die Millionen von Verwundeten, dauerhaft

Kriegsversehrten und verstümmelten Opfer von Landminen. Kinder werden gleichsam zu doppelten Opfern der Kriege, in die sie einerseits zu Hunderttausenden als (meist zwangsrekrutierte) „Kindersoldaten“ und andererseits als zivile Leidtragende in Millionenzahl einbezogen werden. Berühmt waren beispielsweise die „Tiger-Boys“ der Tamilen auf Sri Lanka, die „Killer-Kids“ der RENAMO in Mosambik, die „Small Boys Unit“ in Liberia und die Kindersoldaten der „Lord’s Resistance Army“ im Norden Ugandas. Unvermindert ist weiterhin eine große Zahl von Kindersoldaten in der DR Kongo im Einsatz.

Wie Kinder und Jugendliche gehören auch Frauen zu den Hauptopfern der Kriege. In der Not des Krieges tragen sie, meist ohne männlichen Schutz, häufig die Hauptlast für das Überleben ihrer Restfamilien, ihrer Eltern und ihrer Kinder. Frauen leiden besonders unter dem kriegsbedingten Zusammenbruch vertrauter Interaktions- und Kommunikationsstrukturen im familiären und nachbarschaftlichen Bereich. Zum „normalen“ Kriegsgeschehen gehört zudem in vielen Ländern die sexuelle Drangsalierung und Ausbeutung von Frauen und Mädchen in Gestalt von Konkubinaten, Zwangsprostitution, Zwangsheiraten, sexueller Folter und Vergewaltigung. Massenvergewaltigungen wie beispielsweise in Liberia, im Sudan oder im Osten der DR Kongo sind oft politisch motiviert und werden gezielt als Kriegswaffe gegen den Gegner bzw. zur Einschüchterung oder Vertreibung der Zivilbevölkerung eingesetzt.

Flucht und Vertreibung

Kriege gehören auch zu den wichtigsten „Produzenten“ von Flüchtlingen. Neben politischer Verfolgung, wirtschaftlichem Niedergang und Umweltzerstörung führen meist erst intensive Gewaltkonflikte zu regelrechten Massenfluchtbewegungen innerhalb der Kriegsregionen und über Grenzen hinweg in die Nachbarländer. Zum Schicksal der Flüchtlinge gehören nicht nur das Drama der Flucht selbst, sondern der Verlust von Hab und Gut, die Angst um Leib und Leben, die Vertreibung aus der vertrauten Umgebung, die Trennung von Familienangehörigen und Freunden, das passive und perspektivlose Lagerleben, die Drangsalierung durch Behörden, Armee und Polizei von Aufnahmeländern, oftmals auch die feindselige Haltung der Gastbevölkerung. Selbst nach gelungener Flucht ist die Sicherheit der Flüchtlinge nicht

immer gewährleistet. Sie werden als Geiseln, Faustpfänder und Puffer politisch missbraucht, ihre Lager angegriffen, ihre letzte Habe geplündert. Zudem werden Flüchtlinge vor allem unmittelbar nach der Flucht, bevor die humanitäre Hilfe sie erreicht, häufig Opfer von Hungersnöten und Krankheiten.

Die wichtigste Aufgabe: Konfliktprävention

Leider ist es um den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten der Gegenwart nicht allzu gut bestellt. Denn das Regelwerk des humanitären Völkerrechts wies für den innerstaatlichen Konflikt schon immer eine weitaus geringere Dichte und Durchsetzungskraft auf als für den zwischenstaatlichen Krieg. Zudem beklagen Völkerrechtler und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz seit einigen Jahren die Aufweichung des humanitären Völkerrechts.

Die internationale Gemeinschaft handelt hinsichtlich des Schutzes von Zivilisten in bewaffneten Konflikten nur selten in angemessener Weise: „Allzu oft triumphiert der Impetus des Wegschauens, des rein rhetorisch-symbolischen Handelns und der placeboartigen Entsendung von schlecht ausgestatteten UN-Missionen zur Beruhigung des eigenen Gewissens und zur Ablenkung innenpolitischen Druckes“.⁵ Dies gilt z.B. für die Missionen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union im Sudan und in Somalia sowie für die Mission in der DR Kongo. Daher wäre die wichtigste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft die vorausschauende und vorbeugende Verhütung des Ausbruchs neuer Gewaltkonflikte durch effektive Maßnahmen der Konfliktprävention.



Prof. Dr. Volker Matthies war Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg

⁵ Thorsten Benner/Philipp Rotmann: Heillos überfordert. UN-Friedenseinsätze und der Schutz von Zivilisten in Konfliktzonen, in: Vereinte Nationen 4/2009, S. 152.

KONFLIKTE HOHER INTENSITÄT 2009

AMERIKA – ERNSTE KRISEN
12. KOLUMBIEN verschiedene paramilitärische Gruppierungen und Guerillaverbände, u.a. FARC (System/Ideologie, regionale Vorherrschaft, Ressourcen)
13. MEXIKO Drogenkartelle (regionale Vorherrschaft, Ressourcen)
14. PERU Leuchtender Pfad (System/Ideologie, regionale Vorherrschaft, Ressourcen)

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA – ERNSTE KRISEN
3. TSCHAD verschiedene Rebellen Gruppen (nationale Macht, Ressourcen)
4. DR KONGO verschiedene Terrorgruppen, u.a. FDLR (regionale Vorherrschaft, Ressourcen)
5. ÄTHIOPIEN/OGADEN ONLF (Sezession, Ressourcen)
6. NIGERIA Boko Haram (System/Ideologie)
7. NIGERIA/NIGER DELTA MEND (Autonomie, Ressourcen)
8. SUDAN/DARFUR verschiedene Rebellen Gruppen (regionale Vorherrschaft, Ressourcen)
9. SUDAN verschiedene ethnische Gruppen (regionale Vorherrschaft)
10. UGANDA LRA (nationale Vorherrschaft, Ressourcen)

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA – KRIEGE
11. SOMALIA islamistische Gruppen (System/Ideologie, nationale Macht)

EUROPA – ERNSTE KRISEN
1. RUSSLAND/TSCHETSCHENIEN islamistische Gruppen (Sezession, System/Ideologie)
2. RUSSLAND/INGUSCHETIEN islamistische Gruppen (Sezession, System/Ideologie)

NAHER UND MITTLERER OSTEN – ERNSTE KRISEN
25. IRAN/KURDISCHE GEBIETE PJAK (Autonomie)
26. IRAK AQI (System/Ideologie, nationale Macht)
27. IRAK verschiedene religiöse und ethnische Gruppen (System/Ideologie, nationale Macht)
28. SAUDI-ARABIEN al-Houthi Rebellen (System/Ideologie, regionale Vorherrschaft)
29. TÜRKEI/KURDISCHE GEBIETE PKK/KONGRA-GEL (Autonomie)

NAHER UND MITTLERER OSTEN – KRIEGE
30. ISRAEL/PALÄSTINENSISCHE GEBIETE Hamas (Sezession, System/Ideologie)
31. JEMEN al-Houthi Rebellen (System/Ideologie, regionale Vorherrschaft)

ASIEN – ERNSTE KRISEN
15. INDIEN Naxaliten (System/Ideologie)
16. BIRMA/KAREN STATE, KAYAH STATE: KNU, KNLA (Sezession)
17. PAKISTAN Sunniten, Schiiten (System/Ideologie, regionale Vorherrschaft)
18. PHILIPPINEN/MINDANAO Abu Sayyaf (Sezession, System/Ideologie)
19. PHILIPPINEN/MINDANAO MILF (Autonomie, System/Ideologie, Ressourcen)
20. THAILAND/SÜDLICHE GRENZPROVINZEN Muslimische Separatisten (Sezession, System/Ideologie)

ASIEN – KRIEGE
21. AFGHANISTAN Taliban (System/Ideologie, nationale Macht)
22. PAKISTAN Taliban, verschiedene Volksgruppen (System/Ideologie, regionale Vorherrschaft)
23. PAKISTAN verschiedene islamistische Milizen (System/Ideologie, nationale Macht)
24. SRI LANKA/NORD-OSTEN LTTE (Sezession)

Ernte Krisen
 Kriege

Länder mit mehreren Konflikten sind entsprechend der höchsten Intensität eingefärbt.

Quelle: Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung, 2009 und eigene Recherchen, Image by NASA

Damit das Leben weitergeht

Hannelore Hensle

Die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs, der bislang größten humanitären Katastrophe, führten 1945 zur Gründung eines Hilfswerkes der Evangelischen Kirche. Mit großzügiger Unterstützung aus über 30 Ländern konnte so den 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, den Ausgebombten und Hungernden in Deutschland geholfen werden. 1954 ging aus dem Hilfswerk die Katastrophenhilfe des Diakonischen Werkes der EKD hervor. „Helfen, wo Not ist“ – ein Grundgedanke, der bis zum heutigen Tag die Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe prägt.

Von Anfang an war die Diakonie Katastrophenhilfe eine lernende Organisation. Aus den vielen Hilfsmaßnahmen in den mehr als fünf Jahrzehnten wurden immer wieder gute, oft auch schwierige Erfahrungen gesammelt und reflektiert, um daraus Lehren zu ziehen und Orientierung für die Zukunft zu gewinnen. Die Erkenntnis, dass Idealismus, Hilfsbereitschaft, finanzielle Mittel und guter Wille alleine nicht genügen, führte zu dem Leitsatz: Humanitäre Hilfe heißt organisieren können, zusammenarbeiten wollen, Risiko tragen, Anwaltschaft übernehmen, offen für neue Wege und Einsichten zu sein und dennoch nicht die rote Linie zu verlieren, die sich aus den ethischen Geboten und dem christlich humanitären Grundsatz ergeben, nach denen die Diakonie Katastrophenhilfe ihre Hilfe und Taten auszurichten sucht.

Nicht nur Samariterdienst

Die Not- und Katastrophenhilfe lernte umzudenken: Samariterdienst ja, aber nicht nur! Nicht nur kurzzeitige Nothilfe in akuten Konflikten, sondern nachhaltig ausgerichtetes Enga-

gement, ursachenbezogenes Handeln, neue Wege gehen und im Vorfeld möglicher Krisensituationen tätig werden. Vorsorge und Vorbeugung sind in der humanitären Hilfe ebenso zu berücksichtigen, wie Maßnahmen der mittelfristigen Rehabilitation und der Sicherung von Grundbedürfnissen.

Nicht dem Spektakulären gilt das Interesse der Diakonie Katastrophenhilfe. „Helfen, wo Not ist“ heißt, sich vor allem auch dort zu engagieren, wo die Weltöffentlichkeit kein Interesse zeigt, wo die Medien keinen Blick darauf werfen und wo andere Hilfswerke sich zurückziehen. So war die Diakonie Katastrophenhilfe eine der wenigen Organisationen, die auch unter schwierigsten Bedingungen ihr Engagement in Somalia oder Südsudan aufrecht erhielten.

Immer wieder und immer mehr drohen Politik-, Medien- und Marktinteressen diesen Kern kirchlicher humanitärer Hilfe – die Ausrichtung an der Not der Menschen – an den Rand zu drängen. Umso wichtiger werden die ethischen Grundsätze der Katastrophenhilfe. Sie sind nicht einfach als ehernes Gesetz vom Himmel gefallen, sondern im Laufe

Humanitäre Hilfe muss unabhängig bleiben!

Wir haben kaum einen Einfluss auf den politischen und militärischen Lauf der Dinge, aber nach kühler Analyse bleiben wir auch in diesem Konflikt überzeugt, dass **nur durch unsere Unabhängigkeit** von allen lokalen und internationalen Konfliktparteien, beteiligten Regierungen und Armeen **unsere humanitäre Glaubwürdigkeit gegenüber den betroffenen Menschen Bestand hat. Unser Ziel muss bleiben, allen bedrohten und in Not geratenen Menschen** unterschiedslos von ihrer ethnischen oder politischen Zugehörigkeit zu irgendwelchen Lagern **zu helfen und ihnen Schutz zu geben.**

Das bedeutet auch:

- + ihre grundlegenden humanitären Rechte gegenüber allen Konfliktparteien zu verteidigen und uns bei Verletzungen gleichermaßen zu engagieren
- + nicht die militärische Intervention von Konfliktparteien zu fordern oder unsere humanitäre Hilfe unter den militärischen Schutz einer Konfliktpartei zu stellen
- + uns nicht von der Außenpolitik westlicher Staaten und deren Interessen instrumentalisieren zu lassen.

Aus dem Positionspapier der Diakonie Katastrophenhilfe zu Liberia vom August 2003

der eigenen Erfahrungen entstanden. Sie haben sich weiterentwickelt und mussten sich in der Praxis bewähren. Über den Ökumenischen Rat der Kirchen und den Lutherischen Weltbund konnten diese Grundregeln Ende der 1980er Jahre in die breiter angelegte Diskussion um die Erstellung eines Verhaltenskodex für humanitäre Hilfe eingebracht werden. Im Frühjahr 1993 sanktionierte der Leitungsausschuss für Humanitäre Hilfe den Verhaltenskodex für die Internationale Rot Kreuz- und Roter Halbmond-Bewegung sowie Nichtregierungsorganisationen in der Katastrophenhilfe.

Zu den unumstößlichen Grundprinzipien der humanitären Hilfe gehört:

- + **Alle Menschen** haben das Recht auf humanitäre Hilfe und humanitären Schutz, ebenso wie ihnen das Recht zustehen muss, humanitäre Hilfe zu leisten und humanitären Schutz zu gewähren.
- + **Hilfe und Schutz** werden ohne Ansehen von Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischer Überzeugung oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen gewährt. Humanitäre Hilfe darf weder von politischen und religiösen Einstellungen abhängig gemacht werden noch darf sie diese fördern. Einziges Kriterium bei der Abwägung von Prioritäten der Hilfeleistung ist die Not der Menschen.

Nachhaltig ausgerichtete Nothilfe

Mit ihrer Strategie einer kontextgerechten humanitären Hilfe hat die Diakonie einer Lernerfahrung Rechnung getragen: Eine wirksame Unterstützung kann sich nicht auf die Soforthilfe beschränken und darf nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg geschehen. Ziel ist es vielmehr, tragfähige Lebensbedingungen wiederherzustellen und Zukunftsperspektiven zu eröffnen. „Damit das Leben weiter geht“ – das ist heute das Motto, unter dem die Katastrophenhilfe weltweit im Einsatz ist. Kontextgerechte Hilfe bedeutet auch, in Kriegs- und Krisengebieten mit lokalen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten. Die Diakonie Katastrophenhilfe nutzt lokale Ressourcen und das Wissen der Bevölkerung vor Ort und kann sich auf zuverlässige kirchliche und andere Strukturen in aller Welt stützen.

In Gebieten mit unsicherer politischer und/oder militärischer Lage erfordert die Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe häufig die Bereitschaft, Risiken einzugehen – sowohl bei Entscheidungen über die Projektkonzeption als auch hinsichtlich des Einsatzes von lokalem oder ausländischem Personal. Eine Operationalität durch die Diakonie Katastrophenhilfe kann beispielsweise aus Gründen der Neutralität oder wegen fehlender Partnerstrukturen notwendig werden. Oder um lokale Partner nicht zu gefährden. Diese eigene Operationalität darf allerdings nicht dauerhaft sein, sondern

nur so lange, wie es die Situation erfordert. Die Diakonie Katastrophenhilfe war und ist sich der Risiken bewusst und bereit, diese in verantwortungsvoller Weise abzuwägen und zu tragen. Risikobereitschaft und ein Höchstmaß an Flexibilität – unabdingbare Voraussetzungen für eine kontextgerechte humanitäre Hilfe.

Um auch und vor allem in Krisengebieten und in langjährigen Konfliktfällen eine kontextgerechte und ursachenbezogene Hilfe leisten zu können, die sich ausschließlich am Grad der Not des Menschen – und natürlich an den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten – ausrichtet, ist es unabdingbar, sich zunächst ein klares Bild vom Schadensausmaß und den Rahmenbedingungen vor Ort zu verschaffen. Dazu gehört auch, die Gründe und Hintergründe, die zu dem Konflikt geführt haben, zu erkennen, um einseitige oder unangepasste Hilfsmaßnahmen zu vermeiden.

Wissen schützt vor falscher Parteinahme

Eine „lokale Inaugenscheinnahme“, eine Eingrenzung des Blickwinkels nur auf das aktuelle Notstandsgebiet, genügt dabei nicht! Vielmehr gilt es, den Gesamtzusammenhang zu erkennen. Nur das Wissen um die Hintergründe des Konflikts schützt vor falscher Parteinahme und hilft, unsere strikte Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zu wahren und Hilfsmaßnahmen allein an der menschlichen Not der betroffenen Bevölkerung auszurichten, ohne damit eine – direkte oder indirekte – politische oder religiöse Parteinahme zu betreiben. In vielen Konflikten (Balkan, Sudan, Somalia, Westafrika, Irak, Afghanistan etc.) hat die Diakonie Katastrophenhilfe daher zumeist länder- bzw. konflikt-spezifische Positionspapiere erarbeitet, in denen Hintergrundüberlegungen angestellt und die sich daraus ergebende strategische Ausrichtung der Hilfe festgelegt werden.

Das konsequente Durchhalten der Grundprinzipien erfordert oft auch Mut zu unpopulären Maßnahmen und Stellungnahmen, wenn humanitäre Hilfe glaubwürdig bleiben soll. So hat sich das Büro der Diakonie Katastrophenhilfe in Somalia Mitte der 1990er Jahre standhaft geweigert, mit einer der Kriegsparteien eine Vereinbarung zu treffen, wo welche Hilfe geleistet werden soll. Schließlich konnte die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit durchgesetzt werden. Nach den gescheiterten Bemühungen der NATO-Truppen, 2001 im Kosovo eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, hat die Diakonie Katastrophenhilfe beispielsweise in einer gemeinsamen Erklärung mit Caritas international Stellung bezogen und anstelle eines erneuten militärischen Eingreifens die Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeit gefordert, die als Voraussetzung für eine Konfliktprävention im Balkan betrachtet wird.

Keine zivil-militärische Zusammenarbeit

In Afghanistan hat die Diakonie Katastrophenhilfe in den ärmsten und als sehr unsicher geltenden Regionen Schulen und Gesundheitseinrichtungen wieder aufgebaut. Statt auf den Schutz von US-Militär und Bundeswehreinheiten hat die Diakonie Katastrophenhilfe auf „zivile Sicherheit“ gesetzt, das heißt darauf, durch eine unparteiliche und ausgewogene Hilfe und die bewusste Distanz zu allen Konfliktparteien, Akzeptanz und Schutz von der lokalen Bevölkerung zu bekommen. Schon während des Bosnien-Konflikts Ende der 1990er Jahre äußerte sich die Diakonie Katastrophenhilfe besorgt über das zunehmende Engagement der Bundeswehr im Bereich der humanitären Hilfe. Denn Armeen, deren Auftrag es ist, den Frieden zu sichern, besitzen weder die notwendige politische Neutralität, noch die Kompetenz für Maßnahmen, die an humanitären Grundprinzipien ausgerichtet sind. Die ablehnende Haltung gegenüber einer zivil-militärischen Zusammenarbeit haben Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe in einer Stellungnahme erläutert. Auch im Irakkrieg 2003 hat die Diakonie Katastrophenhilfe im Verbund mit Action by Churches Together (ACT) den massiven Versuchen der US-Militärs widerstanden, die humanitäre Hilfe zu vereinnahmen.

Humanitäre Hilfe kann Politik nicht ersetzen und die Versäumnisse oder die Untätigkeit von politisch Verantwortlichen ausgleichen. Um ihre vorbeugende und nachhaltige Wirkung entfalten zu können, benötigt die humanitäre Hilfe die soziale, wirtschaftliche und politische Unterstützung auf nationaler und internationaler Ebene. Humanitäre Hilfe kann keine Kriege verhindern. Eine humanitäre Hilfe, die an den Grundprinzipien der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit festhält, kann aber helfen, Gewaltpotenziale abzubauen und zu Frieden und Versöhnung beitragen.



Hannelore Hensle leitete von 1982–2005 die Diakonie Katastrophenhilfe

actalliance Kirchen helfen gemeinsam

Die Diakonie Katastrophenhilfe ist Mitglied des internationalen kirchlichen Netzwerkes ACT (Action by Churches Together – Kirchen helfen gemeinsam). Der Lutherische Weltbund und der Ökumenische Rat der Kirchen haben den Verbund 1995 ins Leben gerufen, **mit dem Ziel, die humanitäre Hilfe aller protestantischen und orthodoxen Kirchen weltweit zu koordinieren**. Mehr als 160 Kirchen und ihre Hilfsorganisationen aus allen Regionen der Welt gehören heute dem Netzwerk an. Im Katastrophenfall sind die Partner und Mitglieder des Verbundes direkt vor Ort. Darin liegt die besondere Stärke.

Die Organisationen vor Ort kennen die lokalen Besonderheiten und sind in der Bevölkerung verwurzelt. **Sie können die Dimensionen einer Krise am besten einschätzen und Aktionen schnell, gezielt und sinnvoll umsetzen**. In akuten Notsituationen stehen innerhalb weniger Tage Mittel aus einem Soforthilfe-Fonds und bei Bedarf auch zusätzliche Fachkräfte aus aller Welt zur Verfügung.

Helfen, wo die Not am größten ist

Volker Gerdesmeier

Die Diakonie Katastrophenhilfe hilft dort, wo die Not am größten ist: in brutalen Bürgerkriegen und schweren humanitären Katastrophen. Die Länderschwerpunkte werden auf der Basis verschiedener Analyseinstrumente gesetzt. Anhand des Global Needs Assessment von ECHO, dem Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, können beispielsweise die Regionen mit den dringendsten humanitären Bedürfnissen ermittelt werden.

Der Bedarf an akuter Überlebenshilfe ist besonders groß. In Somalia (siehe S. 14), Darfur oder Sri Lanka sind Zivilisten vor Kriegshandlungen geflohen. Viele leben in Flüchtlingslagern, die riesigen Zeltstädten gleichen. Die Diakonie Katastrophenhilfe sichert ihr Überleben durch die Verteilung von Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Zeltplanen. Nahrungsmittel werden, wo immer möglich, vor Ort oder in der Region eingekauft, um Kosten zu senken und die lokale Produktion nicht durch Importe zu unterlaufen. Im Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo (siehe S. 30) kommen viele der Binnenvertriebenen bei Einheimischen unter. Hier unterstützt die Diakonie Katastrophenhilfe die Vertriebenen und ihre Gastfamilien und schafft Möglichkeiten, sich selbst zu versorgen. Kirchen und einheimische Bauernfamilien stellen den Flüchtlingen Land zur Verfügung.

Neben der akuten Überlebenshilfe unterstützt die Diakonie Katastrophenhilfe die Kriegsoffer beim Wiederaufbau und hilft zurückkehrenden Vertriebenen sich wieder anzusiedeln. Im Südsudan (siehe S. 18) hat die Diakonie Katastrophenhilfe bereits während des Bürgerkrieges begonnen, eine Basisgesundheitsversorgung aufzubauen, in der heute fast ausschließlich einheimisches Personal arbeitet. In zerstörten Dörfern werden Schulen oder Wasserstellen wiederhergestellt.

In anderen Regionen wiederum ist es enorm wichtig, die Vertriebenen vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. In Kolumbien (siehe S. 22) unterstützt die Diakonie Katastrophenhilfe die Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten von Armee und Guerilla dabei, neutrale „humanitäre Zonen“ auszuweisen. Außerdem werden insbesondere Kinder und Jugendliche über Gefahren aufgeklärt, wie Zwangsrekrutierung oder Landminen. Nach dem Ende gewaltsamer Konflikte fördert die Diakonie Katastrophenhilfe Maßnahmen, die dazu dienen den Frieden zu festigen. In Liberia (siehe S. 34) beispielsweise lernen Schülerinnen und Schüler sich vor der immer noch weit verbreiteten Gewalt zu schützen. Die junge Generation muss lernen, Konflikte ohne Gewalt auszutragen.

Nur selten folgen die verschiedenen Maßnahmen der kurzfristigen Nothilfe und des Wiederaufbaus durch die

Diakonie Katastrophenhilfe sowie der langfristigen, nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit durch die Schwesterorganisation „Brot für die Welt“ einem ideal-typischen Ablauf („Kontinuum“). Viele Krisen sind sehr komplex („complex emergencies“) und dauern Jahrzehnte. Sie sind durch eine Kombination von Gewalt, Vertreibung, den Zusammenbruch von sozialen Basisdiensten und oft durch Hungersnöte gekennzeichnet.

Für die Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe ist die lineare Vorstellung eines Kontinuums deshalb nicht hilfreich. Viel treffender bezeichnet der Begriff „Kontiguum“ (aus dem Lateinischen: angrenzend, benachbart) die Notwendigkeit, unterschiedliche Maßnahmen gleichzeitig durchzuführen. In der konzeptionellen Debatte der Katastrophenhilfe spricht man von „Linking Relief, Rehabilitation and Development“ (LRRD) – die Verbindung von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungshilfe. Die besondere Herausforderung ist dabei, die Übergänge angemessen zu gestalten und zu jeder Zeit die richtige Hilfsform zu gewährleisten.

Ein Grundprinzip der Diakonie Katastrophenhilfe ist immer die Unterstützung lokaler Partner. Sie sind einer der wichtigsten Faktoren, um angepasste Arbeit leisten zu können und der Gefahr des politischen oder wirtschaftlichen Missbrauchs durch Kriegsparteien zu begegnen. Als ausländische Organisation ein Hilfsprojekt selbst durchzuführen, ist immer nur die zweitbeste Lösung. Die Diakonie Katastrophenhilfe wird allerdings neue Antworten finden müssen, um Partner weiter in Gebieten zu begleiten, zu denen sie selbst aufgrund gezielter Angriffe auf ausländische Helfer keinen Zugang mehr hat.





„Wir bitten Gott, dass er uns schützen möge“

Bettina Rühl

Goldgelb schimmert das Speiseöl in dem schwarzen Messbecher, sämig läuft es in die große, leere Konservendose. Messbecher für Messbecher wird umgeschöpft, dann geht plötzlich aufgeregtes Geschrei los: „Sie hat genug!“ rufen die Männer und Frauen, die im Kreis um den Kanister mit Speiseöl, den Mann mit dem Messbecher und die Frau mit der ausgedienten Konservendose herumstehen. Die Frau, die vielleicht vierzig Jahre alt ist, hält dem Mann die Konservendose hin, damit er ihre Ration Speiseöl hineinfüllt. Sie lebt in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, im Martini-Hospital, einem Heim für kriegsversehrte Veteranen und deren Familien.

Die Menschen hier bekommen zum ersten Mal seit vielen Monaten wieder Hilfe - Hilfe, auf die sie zum Überleben angewiesen sind. Denn in Somalia herrscht seit rund zwanzig Jahren Krieg; die Wirtschaft ist längst zusammengebrochen. In den letzten Monaten waren die Kämpfe in der Hauptstadt Mogadischu besonders heftig. „Deshalb konnten wir ihnen keine Hilfsgüter bringen“, sagt Abukar Sheikh Ali, „selbst für uns Helfer war der Weg hierher viel zu gefährlich“. Abukar Sheikh Ali ist Direktor der somalischen Hilfsorganisation „Daryeel Bulsho Guud“, kurz DBG. Auf Deutsch heißt das „Hilfe für Alle“. Doch oft können die Helfer beim besten Willen nichts für die Menschen tun, von deren Not sie wissen. „Selbst als Hilfsorganisation können wir uns in Mogadischu nur ganz eingeschränkt bewegen“, erklärt

Abukar Sheikh Ali. In den vergangenen drei Jahren sei die Arbeit immer gefährlicher geworden.

Nothilfe unter schwersten Bedingungen

Jahrelang kam DBG regelmäßig ins Martini-Hospital, brachte Lebensmittel, Rollstühle, Matratzen, Moskitonetze, Medikamente und andere Hilfsgüter. Doch seit Anfang 2007 gibt es immer wieder Unterbrechungen. Zwischenzeitlich musste das Management von DBG Mogadischu sogar verlassen und nach Hargeisa ausweichen, die Hauptstadt der relativ friedlichen Republik Somaliland im Norden von Somalia. Die „field officer“ der Organisation blieben selbst dann noch vor Ort - diejenigen also, die vor Ort konkret helfen. Sie verteilen

Wasser, Lebensmittel und andere Hilfsgüter im Martini-Hospital, in den Lagern der Vertriebenen am Rande der Hauptstadt und an andere Bedürftige. Außerdem wird beispielsweise das Madina-Krankenhaus von Mogadischu mit medizinischem Verbrauchsmaterial unterstützt.

Das alles ist viel und doch nur ein Bruchteil dessen, was nötig wäre. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind 3,6 Millionen Menschen in Somalia auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, jedes fünfte Kind ist akut mangelernährt. Allein in den Lagern der Vertriebenen rund um Mogadischu benötigen 1,2 Millionen Menschen dringend Hilfe, um überleben zu können. Sie brauchen sauberes Trinkwasser, Lebensmittel, Medikamente, wetterfeste Unterkünfte und andere Hilfsgüter wie Moskitonetze, Wasserkanister oder Kochgeschirr. Landesweit sind es fast drei Mal so viele, rund die Hälfte der Bevölkerung. Doch die Menschen sind in ihrer Not meist sich selbst überlassen: Weil ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekidnappt und getötet wurden, haben fast alle ausländischen Helfer das Land längst verlassen. Ahmedou Ould-Abdallah spricht von einer „humanitären Katastrophe“ in Somalia. Er ist der Sondergesandte der Vereinten Nationen für das Land im Osten Afrikas. „Die Krise dort ist die schwerste auf dem afrikanischen Kontinent“, sagt Ould-Abdallah. Die Hilfe bleibe weit hinter dem zurück, was nötig wäre.

Mordanschläge und Entführungen

Die einzigen, die überhaupt noch etwas tun können, sind die somalischen Helfer. Doch selbst die sind nicht sicher, betont Abukar Sheikh Ali noch einmal. Allein 2008 wurden 37 humanitäre Helfer getötet und rund 30 Direktoren von humanitären Organisationen entführt. Unter den Toten ist der ehemalige stellvertretende Direktor von DBG, Mohamoud Mohamed Kheire, von allen „MMK“ genannt. Er wurde am 11. Juli 2008 getötet, als er gerade die rituellen Waschungen vor dem Freitagsgebet vollzog. Nur wenige Stunden vorher hatte DBG bereits einen Mitarbeiter durch einen Mordanschlag verloren - er war, ähnlich wie MMK, regelrecht exekutiert worden.

„Damals standen wir wirklich unter Schock“, erzählt Sharifa Omar Abukar, die Direktorin der DBG Verwaltung. „Aber nach einer Weile dachten wir: Wir leben halt in einem schwierigen Land. Wir bitten Gott, dass er uns schützen möge.“ Das Leben im Ausland ist für die junge Frau keine Alternative. „Dort stünden wir als Flüchtlinge und ohne alles da. Hier können wir helfen.“

Doch auch in Mogadischu ist DBG manchmal regelrecht auf der Flucht. Die Organisation musste immer wieder

umziehen, weil sich die Lage in bestimmten Stadtvierteln zuspitzte. Zwei Mal wurde der Sitz von DBG direkt angegriffen, das Gebäude ein Mal sogar völlig zerstört. Bei diesen Angriffen starben zwei Mitarbeiter. Mehrere Sicherheitskräfte wurden getötet und verletzt. Wer hinter solchen Überfällen steckt, bleibt meistens unklar. An polizeiliche Ermittlungen oder eine funktionierende Justiz ist nicht einmal im Ansatz zu denken. Bei einem Mord gibt es daher meist mehrere mögliche Täter: Vielleicht wird ein Helfer aus privater Rache getötet, vielleicht von Kriminellen, vielleicht von Soldaten, vielleicht aber auch von bewaffneten Islamisten. Staatliche Strukturen, die Sicherheit oder Recht und Ordnung garantieren könnten, gibt es nicht. Die international gestützte Übergangsregierung unter Präsident Sharif Sheikh Ahmed ist ganz mit dem Kampf um das eigene Überleben beschäftigt. Ihre Gegner gehören zur bewaffneten und radikal-islamischen Opposition, die weite Teile des Landes in ihrer Gewalt hat. Die radikalste dieser Untergrundgruppen ist „Al Shabaab“, deren Führer zum Teil mit dem Terrornetzwerk Al Qaida in Verbindung stehen sollen.

Sharifa Omar Abukar geht davon aus, dass die Mörder der humanitären Helfer häufig zum islamistischen Untergrund gehören. „Die Islamisten glauben nicht, dass wir wirklich nur helfen wollen“, meint sie. Denn die Mitarbeiter von humanitären Organisationen, die Geld aus dem Ausland bekommen, gelten wegen ihrer Kontakte schnell als „Ungläubige“ oder sogar als Spione westlicher Militärs. Auch DBG macht sich in diesem Sinne verdächtig: Die Organisation bekommt ihr Geld vor allem aus Deutschland, in erster Linie von der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer Schwesterorganisation „Brot für die Welt“, aber auch von Caritas international, dem kirchlichen Netzwerk ACT, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

(Über)Lebensmittel für die Flüchtlingslager

Dass er sein Leben aufs Spiel setzt, indem er anderen hilft, weiß auch Mohamed Abdullahi Mohamud, ein „project officer“ von DBG. „Aber im Alltag empfinden wir die Angst nicht so“, sagt er. „Denn wir sind davon überzeugt, dass wir das Richtige tun: Wir helfen Menschen in Not.“ Mohamed Abdullahi Mohamud ist einer der wenigen humanitären Helfer, die sich noch in die Lager der Vertriebenen am Rande von Mogadischu wagen - das Gebiet wird von radikalen Islamisten kontrolliert. Doch auch er muss arbeiten, als täte er etwas Verbotenes oder Schlechtes. „Wir schicken die Fahrer mit den LKW alleine los, und zwar noch in der Nacht, kurz vor dem Morgengrauen. Wenn die Sonne aufgeht, ist die Hilfe schon verteilt, und unsere Fahrer sind längst wieder weg.“

Zwei Mal in der Woche lässt DBG Lebensmittel in den Lagern verteilen. Die Tankwagen mit Trinkwasser fahren sogar täglich. Im Laufe des Tages fährt Mohamed Abdullahi Mohamad möglichst unauffällig hinterher um zu prüfen, ob die Hilfsgüter richtig angekommen sind. Dabei vermeidet er alles, was ihn als Helfer verraten könnte: Er fährt mit dem Sammeltaxi statt mit einem Auto von DBG, und natürlich trägt er kein Logo seiner Organisation. Außerdem wechselt er möglichst oft seine Wege und seine Strategie, denn sobald seine Schritte berechenbar werden, kann ihn jemand in einen Hinterhalt locken.

Auch die anderen Helfer von DBG arbeiten so. Natürlich ist die Reichweite der Organisation auf diese Weise geringer, als sie unter anderen Umständen wäre. Und natürlich ist es in einer solchen Lage nur sehr schwer zu kontrollieren, ob alle Hilfsgüter dort ankommen, wo sie ankommen sollen. Das gilt für die DBG-Mitarbeiter vor Ort, aber auch für den Vorstand der Hilfsorganisation. Doch je schwieriger die Situation, desto wichtiger die Hilfe. Mohamed Abdullahi Mohamad denkt deshalb trotz aller Gefahren nicht daran,

Somalia zu verlassen. Er sieht in dem, was er tut, eine menschliche Pflicht. „Wenn wir deswegen getötet werden, müssen wir das in Kauf nehmen.“ Um das zu verhindern, bietet die Diakonie Katastrophenhilfe Sicherheitstrainings an und stattet seine Partner mit einer entsprechenden Ausrüstung aus. Und dennoch: Am Ende tragen die Helfer das Risiko allein.



Bettina Rühl ist freie Journalistin und recherchiert seit 2003 regelmäßig in Somalia. In der Hauptstadt Mogadischu lernte sie die Arbeit von DBG kennen.

FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE

++ Etwa **42 MILLIONEN MENSCHEN BEFINDEN SICH WELTWEIT AUF DER FLUCHT**. 16 Millionen mussten ihr Heimatland verlassen und leben im Ausland. Internationale Abkommen gewähren ihnen den Status von Flüchtlingen. Im Aufnahmeland erhalten sie in der Regel Nahrung und Unterkunft. Viel schwieriger ist meist die Situation der 26 Millionen sogenannten Binnenvertriebenen. Sie sind innerhalb ihres Landes auf der Flucht und erhalten nur selten Unterstützung. ++ Viele Flüchtlinge und Vertriebene leben in Zeltlagern, die ihnen eine vorübergehende Unterkunft bieten. **DAUERKONFLIKTE UND FEHLENDE SICHERHEIT** wie beispielsweise im Irak, Somalia oder Kolumbien machen die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat oft zunichte. Aus der Übergangslösung wird ein Dauerzustand, aus einer dringend benötigten vorübergehenden Hilfe eine **LANGJÄHRIGE ABHÄNGIGKEIT**. Nur zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene konnten 2008 in ihre Heimat zurückkehren.

Halimo Sheikh, 39, Hausfrau, verheiratet, fünf Kinder, Godey Camp, Somalia „Früher waren wir normale Zivilisten und haben unseren täglichen Kampf ums Überleben geführt. Jetzt leben wir in Lagern ohne Nahrung und Wasser und in einer schmutzigen Umgebung. Wir haben weder ein Einkommen noch irgendeine Beschäftigungsmöglichkeit. Durch den andauernden Krieg sind nur wenige der Hilfsorganisationen übriggeblieben, die uns anfangs geholfen haben. Seit Oktober 2008 ist alles noch schlimmer geworden und die meisten internationalen Organisationen haben das Land aus Sicherheitsgründen verlassen. Die wenigen, die dageblieben sind, sind nicht in der Lage, eine solche riesige Menge an humanitärem Bedarf zu decken. Seit wir hier im Lager sind, haben wir von DBG in den letzten zwei Jahren unterschiedliche Hilfe bekommen. Wenn wir die nicht bekommen hätten, würden meine Familie und ich unter irgendeinem Baum verhungern.“

Ali Jimale, 52, Arzt, verheiratet, sieben Kinder, Aiyale Flüchtlingslager, Somalia „Ich bin in Mogadischu geboren und habe hier mein ganzes Leben gelebt. Bevor die Regierung 1991 auseinanderbrach führten wir ein gutes Leben. Ich war selbstständig und konnte mit meinem Einkommen meine Familie ernähren. Aber seitdem gibt es keinen Ort, den ich als Zuhause bezeichnen würde. Meine Frau, meine Kinder und ich sind aus Sicherheitsgründen von einem Lager zum anderen gezogen. Wir haben keine Nahrungsmittel und kein Wasser. Ich habe viele vor Hunger sterben sehen, sogar Verwandte von mir. Als die Äthiopier im Februar 2009 Mogadischu verlassen haben, hatten wir überhaupt nichts mehr zu essen. Keine Hilfsorganisation bot in unserem Lager Hilfe an. Meine Frau und ich mussten uns Nahrungsmittel borgen, und wenn wir Pech hatten, mussten wir zwei Tage lang hungrig einschlafen. Wir danken DGB dafür, dass sie unsere Familie mit Nahrungsmitteln versorgt. Wenn es möglich wäre: Wasser wäre dringend notwendig in unserem Lager.“

SOMALIA

++ Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre im Jahr 1991 befindet sich Somalia in einem **KRIEGSZUSTAND**. Staatliche Strukturen sind zerfallen. Besonders in den letzten drei Jahren ist die **GEWALT** immer wieder von Neuem eskaliert. Islamistische Milizen und Rebellen kämpfen gegen die Truppen der somalischen Zentralregierung, die von der Afrikanischen Union unterstützt wird, um die Vorherrschaft im Land.

Rund **1,5 MILLION MENSCHEN SIND AUF DER FLUCHT**. Viele von ihnen campieren unter freiem Himmel in Flüchtlingslagern entlang den Ausfallstraßen der Hauptstadt Mogadischu. **ES FEHLT AN NAHRUNGSMITTELN, TRINKWASSER UND MEDIZINISCHER VERSORGUNG**. Hier liegt der Schwerpunkt der Arbeit von DBG.

3,6 Millionen Menschen, etwa die Hälfte der somalischen Bevölkerung, benötigen nach Schätzung der Vereinten Nationen Nahrungsmittelhilfe von außen. Jedes fünfte Kind ist **MANGELERNÄHRT**. Verschärft wird die Versorgungskrise durch den wirtschaftlichen Niedergang und anhaltende **DÜRREPERIODEN**. Durch den Krieg ist ein Großteil der Schulen und Gesundheitseinrichtungen zerstört. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf humanitäre Organisationen, weshalb viele internationale Hilfswerke das Land verlassen haben. Die einheimische DBG ist eine der ganz wenigen Organisationen, die in Somalia noch tätig sind.

Projekte



Überleben von Vertriebenen sichern 3.750 vertriebene Familien erhalten in 14 Lagern **ergänzende Nahrungsmittel**, die den Bedarf für sechs Monate decken. Die Ration für eine durchschnittliche Familiengröße von sechs Personen umfasst 40 Kilo Reis und Bohnen und 20 Liter Öl. Ein zweites Projekt versorgt 1.903 Familien in 20 Lagern und 97 Familien einer **Behinderten-einrichtung** im Stadtgebiet von Mogadischu mit Nahrungsmitteln. Im Rahmen des kirchlichen Netzwerks ACT sichert die Diakonie Katastrophenhilfe die Ernährung von rund 1.500 Familien. Ebenso wichtig ist die **Trinkwasserversorgung**. Tanklastwagen beliefern täglich 20 Flüchtlingslager. Jede der 4.800 Familien erhält eine Tagesration von 100 Litern. Pro Kopf sind das rund 16 Liter Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen. 536 besonders **bedürftige Familien erhalten Baumaterial** wie Wellblech, Holzpfähle, Nägel und Werkzeug, um sich stabilere Unterkünfte zu bauen. Bei einer Rückkehr in die Heimat kann das Material für die Reparatur der zerstörten Häuser verwendet werden. In einem anderen Projekt erhalten rund 2.000 Flüchtlingsfamilien je eine Plastikplane zum Schutz vor der Witterung und ein **Moskitonetz gegen die Malariaefahr**. Betrag **3.500.000 Euro (2009–2010)**, Finanzierung **Spenden, Auswärtiges Amt und BMZ**

Wiederherstellung von Infrastruktur In mehreren Flüchtlingslagern wurden 2008 zehn **provisorische Schulen** errichtet. Der Unterricht gibt den Kindern ein Stück Normalität zurück und erhöht ihre Chancen auf ein eigenständiges Leben. In Zusammenarbeit mit dem Difam hat die Diakonie Katastrophenhilfe 2009 **fünf Krankenhäuser mit wichtigen Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial ausgestattet**. Rund 12.000 Patienten im Einzugsgebiet der Krankenhäuser konnten so ambulant und stationär behandelt werden. Betrag **550.000 Euro (2008–2009)**, Finanzierung **Spenden und BMZ**



Ziel des Programms ist es, die hohe Krankheits- und Sterblichkeitsrate der Bevölkerung deutlich zu senken. Denn der Südsudan weist weltweit eine der höchsten Sterblichkeitsraten bei Kindern und Müttern auf. Bereits leicht zu behandelnde Krankheiten können wegen der schlechten Ernährungssituation und mangelhafter Hygiene zum Tod führen.

In eine bessere Zukunft investieren

Investiert wird in den Ausbau und die Wiederherstellung von Gesundheitseinrichtungen und in die Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die medizinische Versorgung von Schwangeren und Müttern, von Kindern unter fünf Jahren und der Kampf gegen Malaria. Für die Gesundheitsversorgung stellt die Diakonie Katastrophenhilfe den Gesundheitsstationen Arzneimittel und medizinisches Material bereit. Einfache Laborgeräte verbessern die Diagnosemöglichkeiten.

Enorm wichtig ist die Aus- und Fortbildung von sudanesischem Gesundheitspersonal. So fehlt es beispielsweise an einheimischen Hebammen. 2010 wurde eine wichtige Etappe des Programms erreicht: Eine sudanesischer Partnerorganisation übernimmt schrittweise die Verantwortung und führt das Programm selbständig mit eigenem Personal weiter. Auch wenn die finanzielle Abhängigkeit auf absehbare Zeit bestehen bleiben wird – ein erster großer Schritt zu mehr Eigenständigkeit ist getan.



Jörg Jenrich arbeitet als Redakteur in der Öffentlichkeitsabteilung

Perspektiven schaffen

Jörg Jenrich

Das Ende eines Krieges bedeutet für die Menschen in den Konfliktregionen noch längst kein Ende von Gewalt und Terror. Meist fehlt es an Stabilität und Sicherheit; der Zusammenbruch von staatlichen Strukturen führt oft zu einem Vakuum, in dem unterschiedliche Interessensgruppen um die Macht kämpfen. Zwischen den Fronten befindet sich die Zivilbevölkerung, deren tagtäglicher Kampf ums Überleben kaum Raum lässt für die Entwicklung einer eigenen Lebensperspektive.

Im Januar 2005 haben die Zentralregierung im Sudan und die südsudanesischer Volksbefreiungsbewegung (Sudan People's Liberation Movement/Army - SPLM/A) ein Friedensabkommen geschlossen. Nach 21 Jahren Bürgerkrieg war die Infrastruktur im Süden des Landes nahezu vollständig zerstört. Es gab kaum noch Schulen oder Gesundheitseinrichtungen. Verschärft wurde die Situation durch die allmähliche Rückkehr Hunderttausender von Flüchtlingen und Vertriebenen. Auf Jahre hinaus wird die südsudanesischer Verwaltung auf die Unterstützung durch das Ausland angewiesen sein.

„Wir tun alles, um zu helfen“

Die Diakonie Katastrophenhilfe betreibt seit 1998 in den Bezirken Rumbek und Cueibet ein Basisgesundheitsprogramm, das mittlerweile zehn Gesundheitseinrichtungen umfasst. Die Gesundheitsstationen betreuen mehr als eine halbe Million Menschen. Oft sind die Einrichtungen die einzige Möglichkeit, eine medizinische Versorgung zu bekommen. „Viele legen sehr weite Wege zurück, um zu uns zu kommen“, sagt Dr. Elias Senbeto, Projektleiter der Diakonie Katastrophenhilfe im südsudanesischer Rumbek. „Deshalb tun wir alles, um ihnen zu helfen“.

SUDAN

++ Im Januar 2005 unterzeichneten die Sudanesischer Zentralregierung und die Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) ein Friedensabkommen. Bis sich der Frieden jedoch für die Bevölkerung auswirkt, werden noch Jahre vergehen, in denen der Südsudan auf massive internationale Unterstützung zum Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur angewiesen sein wird. Auch politisch ist die Region noch weit von einer tragfähigen Stabilität entfernt. Für den Aufbau des Südsudan ist es einerseits notwendig, dass **VERTRIEBENE UND FLÜCHTLINGE** zurück kehren, weil es in allen Bereichen an **FACHKRÄFTEN MANGELT**. Andererseits verschärfen die Rückkehrer die Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln. Das größte Problem besteht jedoch in der **UNZUREICHENDEN INFRASTRUKTUR**. Ein tragfähiges Gesundheitssystem ist im Südsudan nach wie vor nicht vorhanden.

Projekte



Basisgesundheitsversorgung Die Diakonie Katastrophenhilfe betreibt seit 1998 ein **Basisgesundheitsprogramm mit zehn Gesundheitseinrichtungen**, die mit den notwendigen Medikamenten, medizinischem Verbrauchsmaterial, medizinischem Kleingerät und Labormaterial ausgestattet werden. Im Projektgebiet leben etwa eine halbe Million Menschen. 2008 wurden **mehr als 145.000 Patienten behandelt und mehr als 11.000 Entbindungen durchgeführt**. Die fachliche Begleitung des Programms erfolgt durch das Deutsche Institut für ärztliche Mission (Difäm). Betrag **650.000 Euro (2009)**, Finanzierung **Spenden**

Hebammenausbildung und Weiterbildung Um die Gesundheit und Risiken von Müttern und Kindern zu verbessern, werden die **Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe** ausgebaut. Die **Ausbildung von einheimischen qualifizierten Hebammen** nimmt eine Schlüsselrolle ein. 50 Pflegekräfte nehmen an dreitägigen Fortbildungen zu wichtigen Gesundheitsthemen teil. Betrag **49.600 Euro (2009)**, Finanzierung **Difäm**



Nicht nur für christliche Familien

Jörg Jenrich

Viele kleine Schritte zu mehr Eigenständigkeit gehen Menschen im Nordirak dank der Unterstützung der Diakonie Katastrophenhilfe. Nach Beendigung des Krieges im Jahre 2003 ist der Irak noch weit entfernt von einem friedlichen Miteinander der unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen. Terror und Gewalt, religiöser Fanatismus, Instabilität und wirtschaftlicher Niedergang machen die Lebensbedingungen für die Bevölkerung extrem schwierig. Millionen von Menschen haben in den letzten Jahren ihre Heimat verlassen.

Die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt mit ihrer Partnerorganisation Christian Aid Program Nohadra Iraq (CAPNI) Familien im Nordirak, die vor Terror und Verfolgung fliehen mussten. CAPNI hilft diesen Familien, sich dauerhaft niederzulassen und in naher Zukunft wieder selbst versorgen zu können. Die Unterstützung ist vielseitig: eine Milchkuh ermöglicht bedürftigen Familien ein kleines Einkommen und verbessert deren Ernährungssituation. Gewächshäuser für den Obst und Gemüseanbau, die Ausrüstung für eine Imkerei, die Instandsetzung von Bewässerungsanlagen – all dies gibt den Menschen eine Perspektive für ihre Zukunft.



Starthilfe für einen Kleinbetrieb und eine begleitende Beratung ermöglichen den Flüchtlingen nach Jahren der Unsicherheit und Verfolgung einen Neuanfang. Ausdrücklich richtet sich das Angebot von CAPNI nicht nur an christliche Familien. Denn nur wenn es gelingt, ethnische Vorbehalte abzubauen und religiöse Toleranz zu leben, wird es für die Menschen im Nordirak eine friedliche Zukunft geben.

Ein Neuanfang ist geschafft

Sabre Shaba Hana hatte eine gut gehende Elektroinstallationsfirma in Mosul. Doch im September 2008 erhielt er eine Todesdrohung. Der 47-jährige gelernte Ingenieur beschloss, mit seiner Frau, seinen drei Kindern und der 80 Jahre alten Großmutter Mosul zu verlassen. Gleich nach der Flucht überfielen Plünderer das Elektrogeschäft und raubten es aus. Das Haus der Familie steht zwar noch, ein Verkauf ist aber nicht möglich. Die Terroristen drohen jeden zu töten, der ein Haus von Christen oder anderen Minderheiten kauft.

Die Familie floh nach Karmles, einem kleinen Dorf im Nordirak. Dort eröffnete Sabre Shaba Hana mit Unterstützung von CAPNI ein kleines Elektrogeschäft. Er macht Elektroinstallationen für die über 500 Haushalte und weiß, wie wichtig eine gegenseitige Hilfe für das Zusammenleben ist. Von anderen Flüchtlingsfamilien verlangt er nur wenig Geld für seine Arbeit. Manchmal arbeitet er sogar umsonst. Sabre Shaba Hana ist froh, einen Neuanfang geschafft zu haben und mit seinem bescheidenen Einkommen seine Familie ernähren zu können.

IRAK

++ **TERROR UND GEWALT**, religiös motivierte Auseinandersetzungen und Verfolgung prägen noch immer den Alltag. Mit einer **ARBEITSLOSIGKEIT** von mehr als 65 Prozent und einer hohen Inflationsrate bleiben die Lebensbedingungen vieler irakischer Familien extrem schwierig. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind über ein Drittel der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Wegen der anhaltenden Gewalt im Land kommt der Wiederaufbau der Infrastruktur, einschließlich des Gesundheitssystems, nur langsam voran. Rund 4,4 Millionen Menschen sind seit 2003 aus ihrer Heimat geflüchtet und kehren inzwischen zurück. Der Nordirak war einst von einer großen ethnischen und religiösen Vielfalt geprägt. Saddams Arabisierungspolitik hat das friedliche Zusammenleben jedoch zerstört. Kurden und Turkomanen wurden vertrieben und loyale arabische

Projekte



Medikamentennothilfe Seit 2003 trägt die Diakonie Katastrophenhilfe mit der **Medikamentennothilfe** für die Mutter-Kind-Klinik in Basra und das Allgemeinkrankenhaus in Qurna dazu bei, die medizinische Versorgung in der Provinz Basra sicherzustellen. Als einzige Einrichtung in der Region verfügt die Klinik über eine Abteilung für Neugeborenenmedizin und eine Kinderkrebstation. Die **Hilfslieferungen** enthalten Basismedikamente, medizinisches Verbrauchsmaterial und Kleingerät sowie Spezialmedikamente zur Krebsbehandlung, die in Zusammenarbeit mit dem Difäm zusammengestellt und geliefert werden. Betrag **414.000 Euro (2008–2009)**, Finanzierung **Auswärtiges Amt und Spenden**

Unterstützung von intern Vertriebenen Im Nordirak erhalten vertriebene Familien und Rückkehrer **Hilfe beim Neuanfang**. Das Programm trägt dazu bei, die landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang zu bringen und den Familien durch den Aufbau von Werkstätten oder Kleinbetrieben neue Einkommensmöglichkeiten für eröffnen. Betrag **253.000 Euro (2008–2009)**, Finanzierung **Spenden**

Unterstützung von Kriegsverletzten und Menschen mit Behinderung Etwa 1.500 Kriegsverletzte und Menschen mit Behinderung erhalten **medizinische Behandlung und Hilfsmittel**. Weitere 6.900 Hilfsbedürftige mit Behinderung und deren Familien erhalten dringend benötigte **Unterstützung** wie Decken, Hygieneartikel und Heizöfen. Betrag **50.000 Euro (2009)** Finanzierung **Spenden**

Volkgruppen angesiedelt. Die christliche Minderheit im Nordirak war von der systematischen Arabisierung ebenfalls betroffen. Viele mussten ihre Heimat verlassen oder gerieten zwischen die Fronten der kurdischen Peshmerga und der irakischen Armee. Christen aus den ländlichen Regionen suchten Zuflucht in den großen Städten. Doch heute ist die Sicherheitslage dort so prekär, dass viele wieder aufs Land zurückkehren. Die meisten Vertriebenen und Rückkehrer kommen entweder bei Gastfamilien unter oder in leer stehenden Gebäuden. Weil es in den verfallenen Dörfern aber **KEINE AUSREICHENDE INFRASTRUKTUR** gibt, stehen die Familien zunächst vor dem Nichts. **ES FEHLT AN EINKOMMENS-MÖGLICHKEITEN, AUSREICHEND NAHRUNGSMITTELN, ANGEMESSENEN WOHNVERHÄLTNISSEN, BILDUNGSEINRICHTUNGEN UND EINER MEDIZINISCHEN VERSORGUNG.**



Die verlorene Generation kennt keinen Frieden

Tommy Ramm

Der jahrzehntelange bewaffnete Konflikt in Kolumbien geht unvermindert weiter. Immer wieder gerät die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten von Armee, paramilitärischen Gruppen und Guerilla. Sie leidet unter Vertreibungen, Landminen, Zwangsrekrutierungen, Überfällen und Mordanschlägen. Besonders Kinder und Jugendliche sind Opfer der Auseinandersetzungen. Sie werden ihrer Kindheit beraubt und um ihre Zukunftschancen gebracht. In Kolumbien nennt man sie die „verlorene Generation“ des Krieges.

Bei der Nichtregierungsorganisation Benposta habe er die Chance bekommen, wieder regelmäßig zur Schule zu gehen, erzählt Camilo Maecha. Statt mit seinem Vater von Ort zu Ort zu ziehen und als Tagelöhner zu schuften, erkannte er für sich Perspektiven, die es für einen Jungen auf dem Land zuvor nicht gegeben habe. Ein regelmäßiger Schulunterricht sei die Ausnahme gewesen, Analphabetismus war üblich. Camilo lehnt im Schatten eines alten Traktor-Anhängers und erzählt von seiner Kindheit. Er ist mittlerweile 43 Jahre alt, 30 davon hat er bei Benposta verbracht: erst als Klient, später als psychologischer Mitarbeiter der Organisation, die sich um bedrohte Kinder kümmert.

Die Bedrohung hat für Kinder und Jugendliche viele Gesichter. So werden nach Schätzung von Fachleuten weit mehr als 10.000 Minderjährige als Kindersoldaten missbraucht.

Benposta, die seit mehreren Jahren mit Unterstützung der Diakonie Katastrophenhilfe in der Provinz Meta arbeitet, hat Maßnahmen entwickelt, um Jugendliche vor Rekrutierungsversuchen durch bewaffnete Gruppen zu schützen. Besonders gefährdete Jugendliche kommen in einer Einrichtung unter, wo sie vor den Anwerbungsversuchen sicher sind. In einer eigenen Schule holen die Kinder verlorenes Wissen auf, um später einen Abschluss machen zu können.

Lernen, Rekrutierungsversuchen zu widerstehen

Manche Jugendliche leiden unter traumatischen Erlebnissen, die unter fachlicher Begleitung aufgearbeitet werden müssen. Gleichzeitig lernen sie Strategien anzuwenden,

die ihnen helfen, in Zukunft Rekrutierungsversuchen zu widerstehen. „Die meisten Jugendlichen gehen nach ihrem Aufenthalt nicht mehr in ihre Dörfer zurück, da sie plötzlich Dinge sehen und verstehen, die sie vorher nicht wahrgenommen haben“, erklärt Camilo.

Camilo hat in seinem Land nie den Frieden erleben dürfen. Seit fast 45 Jahren herrscht ein blutiger Krieg zwischen Guerillas, paramilitärischen Gruppen und der Armee. Die Bevölkerung in den Kriegsgebieten wird von der jeweiligen Konfliktpartei verdächtigt, die Gegenseite zu unterstützen. Oder sie steht den wirtschaftlichen Interessen von Großgrundbesitzern im Wege. Durch die andauernde massive und gewalttätige Bedrohung sehen viele keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen. Mehr als vier Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer gelten mittlerweile als intern Vertriebene. Für die meisten endet die Hoffnung, sich eine neue Existenz aufbauen zu können, in den Armenvierteln der Großstädte.

Bedrohung geht nach den Kampfhandlungen weiter

In den letzten Jahren hat sich der militärische Konflikt in der Provinz Cauca verschärft. In der bergigen Region mit vielen indigenen Gemeinden gehören Gefechte und Scharmützel zur Tagesordnung. Nach den Kampfhandlungen bleiben Blindgänger zurück. Oft werden aber auch Landminen gelegt. „Das ist die größte Gefahr für die Kinder hier“, erklärt Jorge Bastidas von der Partnerorganisation „Tierra de Paz“, die sich mit Unterstützung der Diakonie Katastrophenhilfe um Kinder kümmert. Nach Angabe von Jorge Bastidas kam es in den letzten Jahren zu 370 Vorfällen mit Minen oder

Blindgängern. Vor allem die Zivilbevölkerung – insbesondere Kinder – war davon betroffen.

Meist fehlt es an Wissen über die lauenden Gefahren. Deshalb bildet „Tierra de Paz“ Lehrkräfte an ländlichen Schulen aus, damit sie die Kinder informieren können. Mehr als 13.000 Schülerinnen und Schüler wurden mittlerweile über die Risiken aufgeklärt. Sie wissen nun zum Beispiel, dass sie keine seltsamen Gegenstände am Wegesrand berühren dürfen. Informationen über Gefahrenstellen in der Region werden gesammelt und in Risikokarten eingezeichnet. So wissen alle Bescheid und können gemeinsam für die jeweiligen Gegebenheiten nach Lösungswegen suchen. Außerdem werden in den Schulen Schutzräume ausgewiesen, in denen die Schülerinnen und Schüler bei Gefechten am sichersten sind. Einzäunungen und Hinweistafeln sollen den kämpfenden Gruppen deutlich machen, dass die Schule ein humanitärer Raum ist, der respektiert werden muss. „Das klappt nicht immer“, bedauert Jorge Bastidas, aber mehrfach hätten es die Kinder schon geschafft, die Bewaffneten zum Verlassen des Schulgeländes zu bewegen.



Tommy Ramm arbeitete von 2009 bis 2012 für das Regionalbüro der Diakonie Katastrophenhilfe in Bogotá.



DER TOD LAUERT IM VERBORGENEN

++ Von 1990 bis September 2009 gab es in Kolumbien nach offiziellen Angaben **8.034 OPFER VON LANDMINEN UND BLINDGÄNGERN**. 65 Prozent der Opfer waren Angehörige von Armee oder Polizei, 35 Prozent waren Zivilisten. ++ Rund jedes fünfte Opfer erlag seinen Verletzungen. 2005 und 2006 hatte Kolumbien erstmals mehr Minenopfer zu beklagen als Afghanistan oder Kambodscha. Die Mehrzahl der Minenopfer sind Erwachsene. ++ Wegen fehlender Aufklärung werden **BESONDERS VIELE KINDER** Opfer von Blindgängern.

Interview „Ruhig bleiben und Hilfe rufen“

Der 14-jährige Schüler Rafael Gómez lebt im Norden der Cauca-Provinz. Er berichtet über seine Erfahrungen im Umgang mit Minen und Blindgängern.

Diakonie Katastrophenhilfe Was muss man tun, wenn man Blindgänger findet?

Rafael Gómez Wir finden sehr oft Munition. Uns wurde beigebracht, zuerst die Stelle zu markieren. Dann muss ein Erwachsener oder eine Person gesucht werden, die sich damit auskennt.

→ Und was macht man im Falle einer Mine?

← Da gab es schon einige Fälle in unserem Ort. Persönlich hat es mich noch nicht betroffen, aber ein Freund von mir hat das mal erlebt. Er stand plötzlich mitten in einem Minenfeld und hat sich überlegt, wie er da rauskommt. Er nahm einen großen Stein, warf ihn ein Stück weit und stellte sich darauf. Das wiederholte er mehrmals. Damit kam er heraus, so wie er es sich ausgedacht hatte.

→ Und wie schätzt du diese Technik ein?

← Das ist natürlich reichlich gefährlich.

→ Warum?

← Weil der Stein auf eine Mine fallen kann, die dann explodieren würde. Der Stein könnte auseinander brechen und die

Splitter würden in alle Richtungen fliegen. Aber diese Technik kann auch gut sein, denn dort wo der Stein hingefallen ist, ohne eine Explosion auszulösen, ist es sicher. Da kann man gefahrlos drauftreten.

→ Was muss man tun, wenn man auf einen Weg trifft, der vermint ist?

← Wenn man bereits mitten im Minenfeld ist, muss man unbedingt über die Stellen herauskommen, die bereits betreten wurden. Oder man bleibt still stehen, wenn man weiß, dass Minen im Weg liegen. Man muss ruhig bleiben und Hilfe rufen.

→ Wie rufst du nach Hilfe?

← Na, mit Schreien!

→ Was wurde dir noch beigebracht?

← In der Schule wurde uns gelehrt, weiße Hemden zu tragen, um nicht mit einem Kämpfer verwechselt zu werden. Wir sollen keine militärähnliche Kleidung verwenden. Außerdem sollen wir immer die am meisten benutzten Wege nehmen, und keine Abkürzungen machen.

Sudan. Die Hauptstadt Bogotá hat den größten Zulauf. Täglich suchen neue Kriegsflüchtlinge in den rasch wachsenden Armenvierteln an den Stadträndern und den benachbarten Gemeinden Schutz. Die Neuankommenden leiden **BLANKE NOT**, haben nicht genug zu essen und finden keine Arbeit. Staatliche Hilfe gibt es kaum.

Fast die Hälfte der Vertriebenen ist unter 18 Jahre alt. In ihrer Umgebung stoßen die Kinder häufig auf **ABLEHNUNG UND VORURTEILE, GEWALT UND DISKRIMINIERUNG**. Viele besuchen keine Schule und wachsen buchstäblich auf der Straße auf. Insgesamt gehen fast drei Millionen Kinder in Kolumbien nicht zur Schule. Für sie ist die Gefahr besonders groß, von bewaffneten Gruppen rekrutiert oder Opfer von sogenannten „sozialen Säuberungen“ zu werden. Nach Schätzungen von Human Rights Watch haben die verschiedenen Konfliktparteien in Kolumbien derzeit etwa 14.000 Jungen und Mädchen unter 18 Jahren rekrutiert – ein Viertel aller Kampfbeteiligten.



Projekte



Prävention und Schutz von besonders gefährdeten

Bevölkerungsgruppen Die Provinz Cauca gehört seit Jahren und mit steigender Tendenz zu den Regionen, die am schwersten vom bewaffneten Konflikt betroffen sind. Immer wieder steht die Bevölkerung aber auch schweren Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben schutzlos gegenüber. Mit gezielten Programmen stärkt die Diakonie Katastrophenhilfe in besonders anfälligen ländlichen Gebieten die **Selbsthilfefähigkeit der Gemeinden**. 13 Gemeinden arbeiten beispielsweise Risikopläne aus, um sich besser vor Naturkatastrophen und den Folgen von bewaffneten Konflikten zu schützen. Landwirtschaftliche Projekte, die Ernährungs- und Lebenssituation der Bauernfamilien zu verbessern und **helfen, die Zeiten zu überstehen, in denen die Gemeinde wegen eines bewaffneten Konflikts von der Außenwelt abgeschnitten ist**.

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den kriegsrischen

Konflikten Mehrere Projekte verfolgen das Ziel, Kinder und Jugendliche vor Zwangsrekrutierung und anderen Kriegsgefahren wie Unfällen mit Minen und Blindgängern zu schützen. In den Kriegsgebieten werden in Schulen und anderen Jugendeinrichtungen **Notfallpläne entwickelt und Schutzräume geschaffen**. Jungen und Mädchen üben im Unterricht ganz praxisnah eine Evakuierung und **lernen Fluchtwege kennen**. Ebenso wichtig ist die **Aufklärung über die Gefahr von Landminen und Blindgängern**. Dazu nehmen in der Provinz Cauca insgesamt 1.400 Lehrkräfte an Kursen teil, in denen sie didaktisches Material erstellen, um in ihren Schulen und Gemeinden über Landminen und Blindgängern aufzuklären. Unmittelbar von Zwangsrekrutierung oder Vertreibung bedrohte Kinder in Cauca und Meta können

als Internatsschüler in **Kinderschutzzentren** wie dem Kinderhaus Benposta untergebracht werden. Mitarbeitende sozialer Einrichtungen werden für einen besseren Kinderschutz weitergebildet. Kriegsbetroffene Kinder, Jugendliche und deren Familien können **psychosoziale Hilfe** in Anspruch nehmen. 2009 erhielten über 4.000 Betroffene eine Unterstützung. Gemeinsame sportliche und kulturelle Aktivitäten **helfen den traumatisierten Kindern und Jugendlichen**, besser mit ihren Erlebnissen von Gewalt, Flucht und Vertreibung umzugehen.

Verbesserung der Lebensbedingungen für vertriebene

Familien Weitere Projekte der Diakonie Katastrophenhilfe haben vor allem die Situation der Vertriebenen in den Randgebieten der großen Städte im Blick. In Bogotá und Umgebung erhalten neu ankommende Vertriebene zur Linderung der unmittelbaren Not **Nahrungsmittel und Hilfsgüter** wie Kochgeschirr, Decken, Babybekleidung oder **Medikamente und bei Bedarf medizinische und psychologische Betreuung oder Rechtsberatung**. Im Zentrum der Hilfe steht jedoch die **nachhaltige Verbesserung der Ernährungssituation**. Bedürftige bekommen in selbst organisierten Gemeinschaftsküchen Mahlzeiten, die mit Proteinzusätzen angereichert sind. Die Einrichtungen dienen gleichzeitig dazu, den Ernährungszustand der Betroffenen zu kontrollieren und über Gesundheitsfragen zu informieren. Das **Anlegen von Hausgärten und der Aufbau gemeinschaftlicher Produktionssysteme und Saatgutbanken** tragen dazu bei, die Selbstversorgung zu verbessern. Um den Vertriebenen weitere Einkommensquellen zu erschließen, werden berufsbildende Kurse angeboten.

Betrag **1.917.198 Euro (2009)**, Finanzierung u.a. **BMZ, Europäische Kommission, Kanadische Regierung, Vereinte Nationen**. Zur Koordinierung der vielfältigen Programme unterhält die Diakonie Katastrophenhilfe ein Regionalbüro in Bogotá, das mit den lokalen Partnerorganisationen zusammenarbeitet.



Unsichtbare Kriegswunden

Jörg Jenrich

Drei Tage lang durchsuchte Abdul Manati die Trümmer des Nachbarhauses, in dem seine Cousine mit ihren drei Kindern gelebt hatte. Eine Bombe hatte das Gebäude in Schutt und Asche gelegt. Obwohl das Ereignis zwölf Jahre zurück liegt, konnte Abdul Manati bisher noch mit niemandem über dieses furchtbare Ereignis reden. Er muss weinen, als er versucht, das Grauen in Worte zu fassen: der Anblick des kopflosen Oberkörpers des einjährigen Mädchens, die Leichenteile. Nur schwer erträgt Abdul Manati die Gefühle von damals, die ihn beim Erzählen der traumatischen Erlebnisse einholen.

So wie Abdul Manati leiden Hunderttausende in Afghanistan unter den grauenhaften Erlebnissen, den Folgen von Krieg und Terror. Fast scheint es, als ob eine ganze Nation traumatisiert ist. So schätzt das afghanische Gesundheitsministerium, dass zwei Drittel der Bevölkerung psychische Probleme haben. Die Weltgesundheitsorganisation nennt eine ähnlich große Anzahl von Menschen, die von einer psychischen Störung betroffen sind oder an psychosozialen Problemen und ihren Folgen leiden.

Und die Spirale dreht sich immer weiter: Von Kriegserlebnissen traumatisierte Männer werden gegenüber ihren Frauen

und Kindern gewalttätig oder suchen in radikal-islamischen Strukturen nach einer vermeintlichen Lösung ihrer Probleme. Zu Gewalt und Terror kommen extreme Armut, eine hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltende Wirtschaftskrise. Viele sind nicht mehr in der Lage, für sich und ihre Familien zu sorgen. Andere erliegen der Sucht nach Drogen. Allein in Kabul wird die Zahl der Drogenabhängigen auf 65.000 geschätzt.

Obwohl der Bedarf an psychischer Beratung und Behandlung gewaltig ist, gibt es kaum Angebote für die betroffene Bevölkerung. Eine einzige psychiatrische Klinik mit einer

Kapazität von etwa 60 Betten gibt es in Kabul. Es fehlt an qualifiziertem Personal und Therapiemöglichkeiten. Ein kleiner Lichtblick sind die Beratungszentren der Diakonie Katastrophenhilfe und des katholischen Hilfswerks Caritas international, die gemeinsam mit einer afghanischen Nichtregierungsorganisation betrieben werden. Neben den acht Zentren in Kabul wurde das Angebot in den vergangenen Jahren auf andere Provinzen und ländliche Regionen ausgedehnt. Denn auch dort gibt es großen Bedarf. Wegen des Mangels an Personal werden im Rahmen des gemeinsamen Projektes Fachkräfte ausgebildet und weiterqualifiziert. Fast die Hälfte davon sind Frauen.

Um das Angebot der Zentren bekannt zu machen und auf Behandlungsmöglichkeiten bei psychischen Problemen hinzuweisen, bieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Veranstaltungen an und suchen den Kontakt zu Medien, Behörden, Schulen und Moscheen. Denn die Hürde, eine Beratung anzunehmen, ist sehr hoch, und häufig werden Menschen mit psychischen Problemen als „vom Teufel besessen“ stigmatisiert und ausgegrenzt.

An fünf Tagen in der Woche bieten die Beratungszentren Einzel-, Gruppen- und Familientherapien an. Allein in Kabul werden jeden Monat fast 2.000 Beratungsstunden geleistet. Über 12.000 Menschen haben bisher eine psychosoziale Hilfe gefunden.

Das Beratungsangebot richtet sich insbesondere an kriegstraumatisierte Männer, alleinstehende und damit meist



mittellose Frauen, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Drogenabhängige. Die Betroffenen können in den Zentren ihre Gewalterfahrungen verarbeiten und eine neue Lebensperspektive entwickeln. Das stärkt ihre Fähigkeit, wieder für sich und ihre Familien zu sorgen, aber auch sich gesellschaftlich, politisch oder wirtschaftlich für eine Verbesserung der Lebenssituation einzusetzen. Damit leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für ein friedvolles, gesellschaftliches Zusammenleben.

Auch Abdul Manati ist der Schritt aus der lähmenden Ohnmacht gelungen. Die Erfahrung, seine traumatischen Erlebnisse mit anderen teilen zu können, hat ihn ermutigt, seinen eigenen Weg zu gehen. Im Sommer 2007 schloss er eine Ausbildung als Therapeut ab und arbeitet nun in einem Beratungszentrum, um anderen zu helfen, ihren Weg zurück ins Leben zu finden.



Dr. Fareshta, 39, Psychologin und Supervisorin „Das Leben in den ländlichen Regionen Afghanistans ist nach wie vor stark von den restriktiven Regeln der traditionellen Gesellschaft geprägt. Die Kontrolle der Männer über ihre Familien ist umfassend. Für Frauen und Kinder bedeutet das oft Bildungsnotstand, Zwangsverheiratung und die häufige Bedrohung durch familiäre Gewalt. Psychosoziale Beratung ist unter diesen Umständen eine schwierige Herausforderung. Deshalb ist die wichtigste Voraussetzung für unsere Arbeit in den Provinzen, dass wir mit denen, die bei uns Hilfe suchen, eine gemeinsame Sprache finden, die sie in ihrer Situation erreicht, ihnen Mut macht, Tabus und Probleme zu erkennen, sie zu benennen, und ihnen das Vertrauen gibt, selbst Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebens nehmen zu können.“

Militäreinsätze lösen selten Konflikte

Wenn man den enormen finanziellen Aufwand bedenkt, um mit militärischen Mitteln die politische Lage in Konfliktregionen zu „stabilisieren“, so macht sich rasch Ernüchterung breit. Obwohl die weltweiten Ausgaben für Militäraktionen die Aufwendungen für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung um ein Vielfaches übersteigen, ist das Ergebnis für die betroffene Bevölkerung erbärmlich – eine glatte Fehlinvestition.

In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass durch militärische Interventionen ein Konflikt nur selten mittel- oder langfristig gelöst wird. Die Diakonie Katastrophenhilfe setzt sich deshalb für gewaltfreie Konfliktlösungen mit friedlichen Mitteln ein.

In jüngster Zeit werden Militäreinsätze dadurch gerechtfertigt, dass die Arbeitsbedingungen für Hilfsorganisationen sicherer würden. In der Realität ist jedoch meist das Gegenteil der Fall: Die Nähe zum Militär birgt ein hohes Sicherheitsrisiko für das Personal der Hilfsorganisationen. Und die Gefahr ist groß, dass aus einem militärischen Schutz eine militärische Instrumentalisierung wird.

Am stärksten ist jedoch das Risiko, dass Hilfsorganisationen ihre Glaubwürdigkeit verlieren und ihre Rolle als unabhängige und überparteiliche Instanz, die allein dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Wenn aber eine Konfliktpartei die zivile Hilfe als Teil der gegnerischen Militärstrategie betrachtet, wird die Hilfsorganisation unweigerlich in den Konflikt hineingezogen. Das Prinzip, humanitäre Hilfe für alle notleidenden Menschen leisten zu wollen, unabhängig von deren ethischen, religiösen oder politischen Überzeugung, wäre dann nicht mehr zu halten.

In der Gemeinsamen Erklärung des katholischen Hilfswerks Caritas international und der Diakonie Katastrophenhilfe, wird die Bedeutung einer unabhängigen und unparteilichen Hilfe unterstrichen: „In Konfliktregionen legen wir in unseren Hilfsprogrammen strikten Wert auf Unabhängigkeit und Unparteilichkeit gegenüber allen Konfliktparteien, Regierungen, Armeen und Machtgruppen.“ Gerade in Afghanistan bedeutet dies, dass sämtliche Hilfsprogramme in dieser Hinsicht geprüft und fortlaufend beobachtet werden müssen. Nicht politisches Kalkül, sondern allein die Not der Menschen darf Maßstab für die Hilfe sein.

AFGHANISTAN

++ Afghanistan ist **EINES DER ÄRMSTEN LÄNDER DER WELT**. Neben Naturkatastrophen wie **ERDBEBEN UND DÜRRE** liegen die Ursachen in den seit den 1980er Jahren fast durchgehend andauernden Konflikten: **KRIEG, BÜRGERKRIEG UND TERROR**. Die staatlichen Strukturen sind nicht in der Lage, Basisdienstleistungen und Infrastruktur in weiten Teilen des Landes zur Verfügung zu stellen. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit unter 50 Jahren weltweit eine der niedrigsten. Die **MÜTTERSTERBLICHKEIT** gehört zu den höchsten.

Das Gesundheitssystem ist noch im Aufbau begriffen. Höchstens zwei Drittel der Bevölkerung haben direkten Zugang zu einer Gesundheitseinrichtung. Außerhalb der Hauptstadt Kabul ist die Versorgungslage noch schlechter. Es gibt nur wenige Einrichtungen und **KAUM QUALIFIZIERTES PERSONAL** für die Behandlung von psychisch erkrankten Menschen.

Projekte



Psychosoziale Betreuung von Kriegsopfern Das Projekt finanziert acht **psychologische Beratungszentren** in Kabul mit 32 einheimischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die **psychosoziale Betreuung von Gewaltopfern** qualifiziert sind. Neben Einzeltherapien werden auch Gruppen- oder Familientherapien und Hausbesuche angeboten. Seit 2009 wird das Hilfsangebot auf weitere ländliche Provinzen ausgedehnt. In Herat, Mazar-i-Sharif und Bamyan entstehen zehn **Beratungszentren**, die rund 9.400 kriegsbetroffene Menschen versorgen können. Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Aus- und Fortbildung**. Gegenwärtig werden 23 weitere Fachkräfte in einem zweijährigen Lehrgang für die psychosoziale Unterstützung erkrankter Menschen ausgebildet. Betrag **190.000 Euro (seit 2007)**, Finanzierung **Spenden**

Medizinische Nothilfe für Mütter und Kinder Die Projekte **sichern die medizinische Grundversorgung** der Mutter-und-Kind-Klinik in Kandahar und die **medizinische Notversorgung** in zehn Gesundheitsstationen in der Provinz Daikundir. Dadurch können die Behandlungsmöglichkeiten und die Gesundheitsversorgung entscheidend verbessert werden. Betrag **73.000 Euro (seit 2007)**, Finanzierung **Spenden**





Über das Unausprechbare reden

Bettina Rühl

In den Holzbänken sitzen alte Männer, stillende Mütter und gestandene Familienväter. Der kleine Raum ist bis auf den letzten Platz voll, alle Augenpaare sind nach vorne gerichtet. Dort sitzt Willi Matadi, Kongoleser wie sein Publikum, und lässt seine Blicke seinerseits über die Menschen in den Holzbänken wandern. Matadi will mit denen, die gekommen sind, über ein schwieriges Thema sprechen, und jeder der Anwesenden weiß, dass die nächsten Stunden nicht einfach werden.

„Ich danke Euch, dass Ihr gekommen seid“, sagt Matadi, der sein Geld früher als Moderator im Radio verdient hat und deshalb auch in schwierigen Situationen mit Publikum umgehen kann. „Wie ihr wisst, wollen wir heute mit Euch über sexuelle Gewalt und deren Folgen sprechen.“ Noch vor fünf Jahren hätte vermutlich niemand die Worte „sexuelle Gewalt“ öffentlich auch nur in den Mund genommen – geschweige denn, zu einer Versammlung zum Thema geladen. Und hätte doch jemand versucht, die Bevölkerung der Ortschaft Kayna im Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo zusammenzutrommeln, um über Vergewaltigungen und deren Folgen zu sprechen – vermutlich wäre niemand gekommen.

Heute ist der Raum voll, und niemand steht auf, als das erste Bild an die Wand projiziert wird: Die Aufnahme einer Vagina, vielfach vergrößert, von Syphilis schwer befallen. Dann folgen weitere, ähnliche Bilder: Geschlechtsorgane und andere Körperteile, befallen von den Symptomen von HIV, Syphilis und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten.

Unter normalen Umständen wäre so eine Veranstaltung in einem kleinen Dorf im Kongo undenkbar. Doch die Umstände sind nicht normal, sie sind es schon seit 13 Jahren nicht mehr. Denn so lange schon ist im Osten des Kongo Krieg, und in diesem Krieg wenden die unterschiedlichen bewaffneten Gruppen eine besonders grausame Strategie an, um

ihre Gegner zu vernichten: Die systematische Vergewaltigung. „Nur deshalb werden heute so viele Frauen brutal vergewaltigt“, erklärt Willi Matadi.

500.000 Vergewaltigungsoffer

Die Zahl der Opfer ist kaum abzuschätzen, da viele von ihnen das Verbrechen aus Scham verschweigen. Etliche sterben vermutlich schwerst verletzt irgendwo in den Wäldern ohne dass jemand von ihrem Schicksal erfährt. Außerdem ist es in einer kriegszerstörten Region wie dem Osten des Kongo kaum möglich, eine verlässliche Statistik zu führen. Kongolesische Ärzte, die sich mit dem Thema befassen, schätzen die Zahl der Opfer seit dem Beginn des Krieges auf 500.000. Viele der Überlebenden brauchen jahrelange, medizinische und psychische Behandlung, um die schlimmsten Folgen des Gewaltverbrechens zu lindern. Die Diakonie Katastrophenhilfe und das Auswärtige Amt unterstützen deshalb Projekte, um den Überlebenden sexueller Gewalt zu helfen, und um darüber aufzuklären, dass eine Vergewaltigung eine Straftat ist, die verfolgt werden muss.

Unter dem Krieg leiden alle

Im Osten des Kongo, in der Region Lubero, arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe dabei mit der kongolesischen Organisation „PAP-RDC“ zusammen. Auf Deutsch und ausgeschrieben bedeutet das Kürzel „Programm zur Unterstützung der Pygmäen im Kongo“. „Früher haben wir uns tatsächlich nur um die Waldbewohner gekümmert“, erklärt der Arzt Jackson Basikania, selbst ein Pygmäe und Direktor von PAP-RDC. „Denn früher waren wir besonders benachteiligt, viele von uns litten Not. Aber unter dem Krieg leiden jetzt alle.“ Deshalb hilft PAP-RDC heute auch anderen Bevölkerungsgruppen.



Die kongolesischen Helfer sind in vielen Fällen die einzigen, die überhaupt helfen können: Weil sie in besonders kritischen Kriegssituationen wissen, wem überhaupt noch zu trauen ist. Weil sie verlässliche Ansprechpartner haben. Oder ganz einfach, weil sie wissen, mit welchen Worten über das eigentlich Unausprechliche doch geredet werden kann.

Angst, verstoßen zu werden

Willi Matadi ist so jemand, der reden und sein Publikum überzeugen kann. Er ist Mitglied von PAP-RDC und wirbt im Rahmen des Projektes um Verständnis und Unterstützung für die Überlebenden. Wenn Willi Matadi nicht gerade von Angesicht zu Angesicht mit Menschen über dieses Thema spricht, dann steht er vermutlich gerade im Studio und schickt eins seiner Programme über den Sender. Die Aufklärung sei durchaus erfolgreich, meint er: „Früher haben sich die Überlebenden nach einer Vergewaltigung versteckt. Sie haben geschwiegen weil sie Angst hatten, von ihren Partnern, den Familien und der Gesellschaft verstoßen zu werden.“ Diese Angst war durchaus berechtigt. Tatsächlich wurden und werden viele Frauen, die eine Vergewaltigung überlebt haben, verstoßen. „Aber es werden weniger“, sagt Willi Matadi. Und freut sich über jeden Mann, der auf einer der hölzernen Bänke sitzt.

In den Versammlungen erklären Matadi und seine Kollegen noch mehr: Dass es wichtig ist, sofort zu einer Gesundheitsstation zu gehen, um dort Medikamente gegen HIV zu bekommen. Die Projektpartner der Diakonie Katastrophenhilfe stimmen sich dabei mit anderen Hilfsorganisationen ab. Wo es zum Beispiel ein Krankenhaus gibt, werden die Patientinnen dorthin verwiesen. Im anderen Fall verteilt PAP-RDC dank der Gelder aus Deutschland die lebenswichtigen Medikamente für die Überlebenden der sexuellen Gewalt an lokale Gesundheitsstationen.

Ärzte behandeln auch umsonst

Doch nur zusammen mit Aufklärung ist es überhaupt sinnvoll, Medikamente zu verteilen. Denn üblicher Weise müssen kongolesische Patientinnen und Patienten für ihre Behandlung und ihre Medikamente bezahlen. Viele Menschen kommen deshalb gar nicht mehr auf die Idee, dass sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen könnten – sie könnten sich eine Behandlung eigentlich gar nicht leisten. Deshalb erzählen Willi Matadi und seine Kollegen ihren Zuhörerinnen und Zuhörern in den Holzbänken auch, dass es Krankenhäuser und Ärzte gibt, die Überlebende sexueller Gewalt auch umsonst behandeln und sogar operieren.

PAP-RDC versucht außerdem mit Hilfe eines Netzwerkes in den Dörfern, die Frauen auch psychologisch zu unterstützen. In vielen Orten haben die Mitarbeitenden von PAP die betroffenen Frauen schon miteinander bekannt gemacht. So sind etliche lokale Gruppen entstanden, in denen sich die Frauen gegenseitig trösten, unterstützen und beraten. Für die Sozialarbeiter der Nichtregierungsorganisation wird der Austausch mit den Frauen außerdem einfacher, wenn sie bestimmte Informationen untereinander weitergeben: Termine für Treffen, Informationen über Hilfsangebote, rechtliche Beratung und anderes mehr.

Elisa Kanyere ist für den Rückhalt in „ihrer“ Gruppe zutiefst dankbar. Narben an beiden Handgelenken zeugen von dem schweren Verbrechen, das sie nur mit viel Glück überhaupt überlebte: Nachdem ein Dutzend Milizionäre sie vergewaltigt hatte, blieb sie schwer verletzt, bewusstlos und an den Handgelenken gefesselt im Wald zurück. Nach zwei Tagen wurde sie zufällig von ein paar Jungen gefunden, die auf der Jagd nach Ratten den Wald durchstreiften. Ihr Mann hat sie zwar nicht verstoßen, behandelt sie aber seit diesem Tag als Fremde. „Das Gespräch mit den anderen Frauen ist das letzte, was wir noch haben“, sagt sie. „Hier werden wir nicht als Aussätzige behandelt, sondern als Menschen.“



DR KONGO

++ Seit Mitte der 1990er Jahre sind mehrere Millionen Menschen den **KRIEGERISCHEN KONFLIKTEN** zum Opfer gefallen. Auch der 17.000 Mann starken Friedensstruppe der Vereinten Nationen (MONUC) ist es bisher nicht gelungen, der Gewalt ein Ende zu setzen. Im Osten des Landes liefern sich trotz mehrerer Friedensabkommen noch immer diverse Milizen **GEFECHE** untereinander und mit der nationalen Armee. Auch Verbände aus den Nachbarländern Ruanda und Uganda sind an den Kämpfen beteiligt. Dabei begehen alle Konfliktparteien **SCHWERSTE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN** an der Zivilbevölkerung wie **TÖTUNGEN, PLÜNDERUNGEN, BRANDSTIFTUNGEN UND ZWANGSREKRUTIERUNG. SEXUELLE GEWALT** wird im Kongo von allen Kriegsparteien als Kriegswaffe eingesetzt. Die Zahl der Vertriebenen liegt allein in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu und Orientale bei zwei Millionen. Viele Familien wurden bereits mehrfach vertrieben und besitzen praktisch nichts mehr. Die meisten Vertriebenen sind aus Angst vor weiterer Gewalt in wenig zugängliche Gebiete geflüchtet und schwer erreichbar. Andere sind in Familien untergekommen, die oft selbst **KAUM GENUG ZUM LEBEN** haben. Wo Vertriebene nach dem Ende der Kampfhandlungen in ihre Dörfer zurückkehren, wie im Nord-Kivu, treffen sie auf eine weitgehend **ZERSTÖRTE INFRASTRUKTUR**. Es gibt kaum funktionierende Gesundheitseinrichtungen, Straßen und Schulen. Die Landwirtschaft, Hauptberufsfeld der Menschen im Ostkongo, leidet unter der jahrelangen Vernachlässigung wegen der Kämpfe. Die Folge sind **NAHRUNGSMITTELENGPÄSSE UND MANGELERNÄHRUNG**, insbesondere bei Kindern.

Projekte



Überleben sichern Unermüdlich sichern die Hilfsteams der Partnerorganisationen der Diakonie Katastrophenhilfe, PAP und LWF, das **Überleben der akut von Krieg und Gewalt betroffenen Bevölkerung** im Nord-Kivu. Die Nothilfe richtet sich sowohl an neu ankommende Vertriebene als auch an Rückkehrer und Familien, die Flüchtlinge aufgenommen haben, obwohl sie selbst kaum genug zum Leben haben. 4.300 Familien, das sind rund 22.000 Menschen, erhalten einmalige **Nahrungsmittelrationen**, bestehend aus 25 Kilo Reis, 12,5 Kilo Hülsenfrüchte und ein Kilo Salz. Sie decken den Grundbedarf für vier Monate und helfen Mangelernährung zu verhindern. Außerdem verteilt PAP **Nothilfepakete mit Kleidung, Moskitonetzen, Seife, Decken, Kochgeschirr und anderen wichtigen Gebrauchsgütern**, um die schlimmste Not der Flüchtlinge zu lindern. Gesundheitsstationen erhalten zudem **Medikamente und Verbrauchsmaterial** für die medizinische Versorgung von Überlebenden sexueller Gewalt. Diese bieten auch Notfallsprechstunden an und informieren über weitere Hilfsmöglichkeiten. Über das Bündnis ACT (Kirchen helfen gemeinsam) wird neben der Verteilung von Hilfsgütern auch der **Betrieb von fünf ambulanten Ernährungsstationen** des LWF gesichert, die insgesamt 3.600 mangelernährte Kinder mit Zusatznahrung versorgen und medizinisch betreuen. Betrag **1.537.000 Euro (2008–2010)**, Finanzierung **Spenden und Auswärtiges Amt**

Ernährung nachhaltig verbessern 23.000 Bauernfamilien – Vertriebene und Familien, die Vertriebene aufgenommen haben – erhalten landwirtschaftliches Gerät wie **Gießkannen und Hacken, Saatgut und Dünger**. Wegen der akuten Nahrungsmittelknappheit setzt das Programm auf schnell wachsende Gemüsesorten mit hohem Nährwert, wie beispielsweise Kohl, Amarant und Auberginen. Praktische Schulungen vermitteln

Basiswissen über geeignete Anbaumethoden. **Landwirtschaftliche Berater** stehen den Bauernfamilien von der Aussaat bis zur Ernte zur Seite. Kirchen und Kommunen stellen Land zur Verfügung, das die Familien gemeinsam bewirtschaften können. Betrag **1.700.000 Euro (2008–2010)**, Finanzierung **Spenden und Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO)**

Nothilfe und Verbesserung der Trinkwasserversorgung Auch in der Provinz Orientale, dem Einfallgebiet der Rebellenarmee Lord's Resistance Army, die vom Südsudan und von Uganda aus immer wieder Dörfer und Städte im Kongo überfallen, steigen die Flüchtlingszahlen dramatisch an. Dort leistet die Diakonie Katastrophenhilfe mit ihrer Partnerorganisation LWF **Nothilfe für rund 33.000 Vertriebene**. Die mittellosen Familien erhalten **Hilfepakete mit den nötigsten Utensilien wie Kochgeschirr, Decken, Kleidung und Plastikplanen für Notunterkünfte**. Mit der **Einrichtung und Befestigung neuer Wasserstellen und Latrinen** und **Informationen zur Hygiene** werden die Trinkwasserversorgung und die Gesundheitssituation verbessert. In den Distrikten Tshopo und Ituri konnte die Diakonie Katastrophenhilfe mit Unterstützung des BMZ 2009 ein weit reichendes Programm zur **Ernährungssicherung** und Nothilfe für zurückkehrende Vertriebene starten. Dazu gehört u.a. der **Neubau eines Ernährungszentrums** und der Betrieb fünf weiterer Zentren für 4.000 schwer mangelernährte Kinder sowie der Bau von 38 Einrichtungen zur **Trinkwasserversorgung**. Um die Ernährungssituation nachhaltig zu verbessern, erhalten 6.000 Familien Saatgut, landwirtschaftliche Geräte und eine praktische Schulung. An zehn Schulen entstehen Gemeinschaftsgärten für Schulkinder. Betrag **1.300.000 Euro (2008–2010)**, Finanzierung **Spenden und Auswärtiges Amt und BMZ**



Vergangenheit bewältigen – Zukunft gestalten

Angelika Söhne

James war 14 Jahre alt, als er das erste Mal einen Menschen tötete. Er war einer der rund 20.000 Kindersoldaten, die mit billigen Drogen aufgeputscht oder durch Drohungen eingeschüchtert, zum Teil schreckliche Gräueltaten verübten. Henrietta Jimmy, die als Traumaberaterin im Auftrag der Diakonie Katastrophenhilfe arbeitet, hat den heute 24-Jährigen zurück in sein Dorf begleitet. „Es war ein schwerer Schritt für beide Seiten“, sagt sie.

Der Bürgerkrieg hat eine ganze Generation ihrer Kindheit und Jugend beraubt. Viele sind Opfer oder Zeuge von Gewalt geworden, haben Angehörige verloren oder sind von ihren Familien getrennt worden. Unzählige Mädchen wurden entführt und mussten als so genannte „bush wives“ den Angehörigen der Milizen oder Truppen sexuelle Dienste leisten. Noch immer fällt es vielen Jugendlichen schwer, sich wieder an einen geregelten Alltag zu gewöhnen. Die meisten haben jahrelang keine Schule besucht. Im Unterricht können sie sich oft schlecht konzentrieren, sind lethargisch oder reagieren schnell aggressiv.

Über den Schmerz sprechen lernen

„Therapeutic session“ nennen die Sozialarbeiterinnen der 1998 gegründeten Partnerorganisation Center for Justice and Peace Studies (CJPS) eine Form der psychosozialen Unter-

stützung, die alle zwei Wochen an insgesamt 15 Schulen in Ganta im Norden Liberias auf dem Stundenplan steht. Gut 60 Schülerinnen und Schüler drängen sich am Morgen in den kleinen Klassenraum der Parkerson-Schule. Die Jüngsten sind 14, die Ältesten fast 30 Jahre alt. Die Sitzungen sind freiwillig und offen für alle Jahrgangsstufen. Jede Stunde folgt der gleichen Struktur und festen Regeln. Ganz wichtig: Vertraulichkeit, Zuhören und gegenseitiger Respekt.

Zwei Traumafachkräfte betreuen die Sitzungen. Während die eine die Stunde leitet, fasst die andere die wichtigsten Punkte zusammen und beobachtet. „Oft geben gerade die unausgesprochenen Reaktionen einen Hinweis auf emotionalen Stress“, erklärt Korto Toe, Traumaberaterin von CJPS. Die Sozialarbeiterinnen bieten Einzelgespräche an oder gehen auf Jugendliche zu, die angespannt oder bedrückt wirken. „Es gibt keine Patentrezepte, um die psychischen

Wunden zu heilen“, sagt Korto Toe. Wichtig sei anzuerkennen, dass sich die Vergangenheit nicht ungeschehen machen lässt. „Doch jede und jeder hat in der Gegenwart die Chance, die eigene Zukunft zu gestalten“, lautet ihre Botschaft an die jungen Menschen. Entsprechend steht die Suche nach Strategien und Lösungen für das Alltagsleben im Vordergrund. CJPS arbeitet daher eng mit anderen Organisationen zusammen, die beispielsweise jungen Müttern Kinderkleidung zur Verfügung stellen oder Missbrauchsfälle vor Gericht bringen.

Friedenserziehung – Streit schlichten und Gewalt vorbeugen

Neben der psychosozialen Hilfe, fördert CJPS sogenannte Friedensclubs, in denen Schüler-innen und Schüler, teils in Eigenregie, teils angeleitet, über Konflikte, Frieden und andere Themen debattieren. Die Friedensclubs legen die Grundlage für eine Kultur des Dialogs und geben die Möglichkeit, konstruktives, gewaltfreies Verhalten einzuüben. „Die Schüler-innen und Schüler sind wesentlich aktiver geworden“, stellt Nathaniel Tokpah, Direktor der Mesiah Christian Academy fest. „Sie sind in der Lage, Konflikte untereinander zu regeln, ohne dass es zu Prügeleien kommt oder wir eingreifen müssen“. Die jugendlichen Mitglieder der „peace clubs“ wollen Vorbild sein. So wie die 23-jährige Cecilia, die selbstbewusst erklärt: „Wir sind Friedensstifter. Wir älteren Schüler können den Jüngeren helfen“.

Die Friedensarbeit kommt an den Schulen gut an. Waren es in der Pilotphase 2008 sechs Schulen, läuft das Programm mittlerweile an 15 Schulen der Stadt. Schulleiter Joseph Lablah von der Hope Academy ist vom Sinn der Friedenserziehung überzeugt: „Nur wenn die Jugendlichen erleben, dass sie eine positive Rolle in der Gesellschaft spielen können, hat der Frieden in Liberia eine dauerhafte Chance“.

Friedensarbeit in Ganta

Die Angebote an den Schulen sind ein Teil der vielschichtigen Friedensarbeit in Ganta. Hier unweit der Grenze zu Guinea hat der Bürgerkrieg besonders heftig getobt. Äußerlich sind in der mit 41.000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Liberias fast alle Spuren der Zerstörung beseitigt. Schulen haben wieder geöffnet. Motorräder knattern auf den Straßen. Überall herrscht geschäftiges Treiben. Doch der Krieg hat tiefe Gräben hinterlassen. Die Kriegsparteien hatten religiöse und ethnische Konflikte zwischen den insgesamt 16 Volksgruppen gezielt geschürt. Durch den Krieg ist eine Gewaltkultur erwachsen, die sich häufig auf den Straßen entlädt. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von rund 80 Prozent bilden Frust, Perspektivlosigkeit und eine hohe Gewaltbereit-

schaft ein gefährliches Gemisch. „Es reicht deshalb nicht, Schulen, Gesundheitsstationen und Brunnen wiederaufzubauen“, sagt Asatu Konneh, Mitarbeiterin der Diakonie Katastrophenhilfe. „Wir müssen auch etwas dafür tun, dass sich das Denken in den Köpfen der Menschen verändert“.

Das Selbstvertrauen stärken

Trotz Schulpflicht geht etwa die Hälfte aller Kinder nicht zur Schule. Viele Familien können die Kosten für Schulgebühren und Uni-formen nicht aufbringen. Zehntausende bleiben ohne Abschluss und Aussicht auf eine gesicherte Zukunft. CJPS versucht daher gezielt jene zu erreichen, die außerhalb des Schulsystems stehen: Schulabbrecher, ehemalige Kindersoldaten, Straßenkinder und arbeitslose Jugendliche. Computer- und Alphabetisierungskurse helfen, die Berufschancen zu verbessern. Neben praktischen Kenntnissen stärken die Kurse vor allem das Selbstvertrauen der jungen Leute. „Ich würde gerne Anwalt werden“, sagt der 20 Jahre



alte Sebastian. Er hat im Krieg vier Schuljahre verloren, nicht jedoch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. 150 Jugendliche konnten im vergangenen Jahr an den Computerschulungen teilnehmen, 100 an Alphabetisierungskursen. Eine zweite Staffel soll in diesem Jahr folgen.

Eine andere wichtige Zielgruppe sind die Motorradtaxifahrer, die das Stadtbild von Ganta beherrschen. Der Großteil der Fahrer sind ehemalige Kindersoldaten. Das Geschäft geht gut. Doch mit der wachsenden Zahl an Fahrzeugen ist auch die Zahl der Unfälle dramatisch gestiegen. Neben fehlenden Fahrkenntnissen, spielen Alkohol und Drogen eine Rolle. Hinzu kommt eine hohe Gewaltbereitschaft und niedrige Frustrationsschwelle, so dass Unfälle schnell in handfesten Auseinandersetzungen enden. In Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei bietet CJPS darum Kurse an, die neben grundlegenden Verkehrsvorschriften auch vermitteln, wie sich Streitigkeiten gewaltfrei regeln lassen. „Die Zahl der Unfälle ist deutlich gesunken“, berichtet Wilson Nyanamah, Chef der örtlichen Verkehrspolizei erleichtert. Obwohl bislang erst knapp zehn Prozent der rund 1.700 Taxifahrer in Ganta geschult worden sind, hat sich das Fahr- und Konfliktverhalten enorm verbessert, bestätigt auch Henry Porte, Vorsitzender der Taxigewerkschaft. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Polizei und Fahrern merklich entspannt.

Gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben

Radioprogramme, Friedensfestivals, Theateraufführungen und Sportwettkämpfe vervollständigen das Spektrum der Friedensarbeit. Die Begegnungen zwischen unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen tragen dazu bei, Versöhnung zu fördern und Feindbilder abzubauen. Während Fußballspiele in der Nachkriegszeit oft in handfesten Krawallen endeten, sind es jetzt Ereignisse,



die begeisterte Zuschauer anlocken. Bewirkt wurde die Veränderung durch Schulungen zu Regeln im Sport, die zeigen, dass sich Gegner durchaus friedlich auseinandersetzen können. Darüber hinaus arbeitet CJPS mit verschiedenen Jugendorganisationen zusammen und bietet Kurse für Jugendleiter und Nachwuchsjournalisten an. Wie sehr sich die Jugendlichen selbst inzwischen als Botschafter des Friedens verstehen, zeigt ein spontan organisierter Friedensmarsch. Rund 300 Teenager ziehen durch die Stadt und werben für ein friedliches Zusammenleben: „Wir sind ein Volk, wir brauchen Frieden.“



Angelika Söhne arbeitet als Projektkommunikatorin in der Öffentlichkeitsabteilung.

LIBERIA

++ Nach 14 Jahren endete 2003 der **BÜRGERKRIEG**. Mehr als 150.000 Menschen kamen ums Leben; ein Großteil der Bevölkerung war jahrelang auf der **FLUCHT**. Kinder und Jugendliche tragen besonders schwer an den Folgen des Krieges. Sie machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Seit der Wahl der Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf 2006 scheint das Land zwar auf einem guten Weg zu dauerhaftem Frieden zu sein; insbesondere in den schwer zugänglichen ländlichen Gebieten im Süd-Osten leben die Menschen nach wie vor unter **SCHWIERIGEN BEDINGUNGEN**.

Es fehlt an ausreichender Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich, und auch die Landwirtschaft kommt nur langsam wieder in Gang. Noch immer bestehen Spannungen zwischen den **IM KRIEG VERFEINDETEN ETHNISCHEN UND RELIGIÖSEN GRUPPEN**, und die **GEWALTBEREITSCHAFT** ist weiter hoch.

Projekte



Friedensarbeit Mit Projekten zur Friedensförderung und Konfliktprävention will die Diakonie Katastrophenhilfe die Versöhnung voranbringen und künftigen Konflikten vorbeugen. Dies geschieht durch psychosoziale Traumaarbeit, Friedenserziehung, Mediationstraining oder gemeinsame Aktivitäten für Angehörige unterschiedlicher religiöser und ethnischer Gruppen. Betrag **213.000 Euro (2009–2010)**, Finanzierung **Spenden**

Bildung und Gesundheit Vor allem in den ländlichen Gebieten im Südosten sind die Gesundheitsversorgung und Bildungsangebote noch immer völlig unzureichend. Mit ihren lokalen Partnern setzt die Diakonie Katastrophenhilfe den Wiederaufbau von Schulen und Gesundheitseinrichtungen fort und bildet Gesundheits- und Lehrkräfte aus. Betrag **1.300.000 Euro (2009–2010)**, Finanzierung **BMZ**

Interview Friedensförderung und Konfliktprävention

Mit der Friedensarbeit schließt die Diakonie Katastrophenhilfe ihr Arbeitsfeld der humanitären Hilfe in Liberia ab. Während nach Kriegsende der Wiederaufbau im Mittelpunkt stand, soll die Friedensarbeit stabile soziale Strukturen wiederherstellen. Verena Jenner, Leiterin des Landesbüros in Liberia von 2009 bis 2010, erklärt den Ansatz.

Diakonie Katastrophenhilfe Welche Rolle spielt Friedensarbeit in der humanitären Hilfe?

Verena Jenner Nach einem bewaffneten Konflikt ist häufig nicht nur die materielle, sichtbare Zerstörung ein Problem, sondern auch die zerstörten Beziehungen innerhalb der Gesellschaft. Nach Jahren der Feindschaft und der Gewalt müssen erst wieder Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben entwickelt werden. Friedensarbeit ist als Prozess zu sehen, der auf verschiedenen Ebenen stattfinden muss – in der Regierung ebenso wie in der Dorfgemeinschaft.

→ Wie funktioniert das in der Praxis?

← Am Anfang der Friedensprojekte steht eine genaue Analyse gemeinsam mit den Menschen in der Region. Auf dieser Grundlage wird dann mit der Partnerorganisation entschieden, wo und wie am besten geholfen werden kann. Das können Initiativen für Dialog und Versöhnung zwischen verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen sein, die durch den Krieg verfeindet sind. Oder aber auch Kurse in gewaltfreier Konfliktlösung, individuelle Traumaarbeit oder die Unterstützung von rückkehrenden Kriegsflüchtlingen bei der Wiedereingliederung.

→ Was sind die wichtigsten Faktoren für erfolgreiche Friedensarbeit?

← Es ist wichtig an den Faktoren zu arbeiten, die einen dauerhaften Frieden behindern. Diese können innerhalb eines Landes sehr unterschiedlich sein. Beispielsweise

haben wir in Liberia Projekte im eher städtischen Bereich, bei denen die Versöhnung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, die dort auf engem Raum zusammenleben, ein Hauptproblem ist. In den ländlichen Gemeinden hingegen ist eher der Generationenkonflikt nach dem Krieg ein Schwerpunkt. Die Friedensprojekte setzen direkt bei den Menschen in den Dörfern, Schulen oder Jugendgruppen an. Deshalb sind erfahrene einheimische Partner für uns unverzichtbar. Nur wenn die Maßnahme so gestaltet ist, dass sich die Zielgruppe selbst damit identifizieren kann, hat sie Aussicht auf Erfolg.

→ Warum ist „peacebuilding“ für Liberia sieben Jahre nach Kriegsende noch notwendig?

← Während der physische Wiederaufbau in Form neuer Schulen und Straßen und eines breiteren Warenangebotes immer mehr Gestalt annimmt, steckt der soziale Wiederaufbau noch in den Anfängen. Der Versöhnungsprozess kommt nur schleppend voran, und die Gewaltbereitschaft ist erschreckend hoch. Viele der ehemaligen Kindersoldaten sind nie integriert oder sozial betreut worden. Angebote zur Bearbeitung von Kriegstraumata gibt es nur sehr wenige. Wenn diese Themen nicht wirksam behandelt werden, bleibt die Gefahr eines Wiederaufflammens gewaltsamer Auseinandersetzungen.

SICHERHEIT DER HELFER STÄRKEN

Interview „Wir können die Risiken nicht aus der Welt schaffen“

„Es liegt in der Natur unserer Arbeit, dass sie für die engagierten Männer und Frauen vor Ort manchmal gefährlich ist“, sagt Volker Gerdesmeier, ehemaliger Leiter der Diakonie Katastrophenhilfe. „Aber wir haben auch eine Fürsorgepflicht und das heißt, wir müssen für die Sicherheit der Mitarbeitenden in unseren Büros und Partnerorganisationen so weit wie irgend möglich sorgen.“ Seit Ende 2008 bietet die Diakonie Katastrophenhilfe darum Sicherheitstrainings an. Doch eines ist klar: „Diese Trainings sind wichtig, aber sie können die Risiken nur minimieren, nicht aus der Welt schaffen.“

Diakonie Katastrophenhilfe Was wollen Sie mit den Trainings erreichen?

Volker Gerdesmeier Sie sollen nicht nur technisch verstanden werden, also: Wo ist der Notausgang aus dem Büro, welche Fluchtwege gibt es? Sondern sie sollen klarmachen, dass das Wichtigste für die eigene Sicherheit der Kontakt zu den Menschen ist: das Verwurzel- und Akzeptiertsein bei den Menschen, denen wir helfen.

→ Weil sie sie im Zweifelsfalle warnen?

← Ja, das habe ich selbst so erlebt, als ich im Sudan arbeitete. Deshalb ist die Nähe zu den Menschen und die Qualität und Glaubwürdigkeit unserer Arbeit die beste Sicherheitsvorsorge. Sie müssen die ethischen Prinzipien verstehen, nach denen wir arbeiten, damit keine falschen Bilder von uns entstehen. Wenn uns der Ruf anhaftete, wir wollten die Menschen missionieren, wäre das für uns eine Gefahr. Auch deshalb ist es so wichtig klarzumachen, dass wir Hilfe leisten für alle Hilfsbedürftigen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Ethnie oder ihrem Geschlecht. Neutralität ist also äußerst wichtig für die humanitäre Hilfe, nicht nur, aber auch zur eigenen Sicherheit.

→ Wie lernt man denn, die Sicherheitslage richtig einzuschätzen?

← Auf der einen Seite ist das eine persönliche Sache: Man entwickelt das aus der Arbeit heraus, beobachtet die Menschen, wie sie sich verhalten, und schärft die Instinkte. Andererseits gehen wir systematisch vor und analysieren die Lage ganz genau: In welchem Gebiet liegt unser Büro, von wem könnte eine Gefahr für uns ausgehen? Welche Fluchtmöglichkeiten gibt es aus dem Büro, haben wir Nummern für den Notfall, bei wem müssen wir uns melden, wenn wir in Gefahr sind? Diese Fragen werden durchgespielt und anschließend Sicherheitspläne für die einzelnen Büros verfasst.

→ 2008 ist ein Mitarbeiter in Somalia ermordet worden. Fragen Sie sich in solch einem Moment, ob Sie Ihr Engagement in dem Land beenden?

← Das können wir gar nicht, denn unsere lokalen Partner antworten uns auf diese Frage stets „Das können wir nicht

machen: Das sind unsere Leute. Wir können sie nicht im Stich lassen.“ Der Kollege des Ermordeten war wenige Tage später sofort vor Ort, um zu signalisieren: „Wir lassen euch hier nicht alleine“.

→ Die Genfer Konventionen sollen die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen schützen. Wieso werden sie trotzdem immer häufiger attackiert?

← Eine wesentliche Ursache für die wachsende Bedrohung der internationalen Hilfsorganisationen sehe ich in ihrer Instrumentalisierung durch die Politik und den „globalen Krieg gegen den Terror“ seit September 2001. Wenn wir nicht mehr als neutrale Helfer angesehen werden, sondern als eine Organisation von Weißen, die die Politik des Westens durchsetzen will, dann wird das für uns alle sehr gefährlich.

→ Wie lässt sich das ändern?

← Wir müssen dem humanitären Völkerrecht wieder mehr Geltung verschaffen und ihm den Platz zurückgeben, der ihm gebührt. Nur wenn das Völkerrecht wirklich gilt, können wir unsere Arbeit tun. Denn es ist doch verrückt, dass ausgerechnet die Leute, die helfen, angegangen werden nach dem Motto „Die aus dem Westen“ - und wir kommen dann unter Feuer! Das muss sich dringend ändern, damit wir in akuten Krisen helfen können.



Volker Gerdesmeier
Leiter der Diakonie
Katastrophenhilfe
von 2008 bis 2011

Eine extreme psychische Belastung

Yegana Guliyeva

Zur falschen Zeit am falschen Ort. So beschreibt Yegana Guliyeva, Leiterin des Projektbüros der Diakonie Katastrophenhilfe in Pakistan das Risiko, dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der humanitären Hilfe gegenübersehen. Auch wenn die Situation in Islamabad und anderen Städten ruhig zu sein scheint, könne man jederzeit selbst Ziel oder Opfer eines Angriffs werden. Während vor Jahren noch die Arbeit der Hilfswerke von allen Konfliktparteien respektiert wurde, so sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunehmend selbst zur Zielscheibe von Übergriffen und Anschlägen geworden. Entführungsfälle häufen sich, manche kehren nie mehr zurück.

Neben einer beruflichen Gefährdung ist aber auch das Privatleben einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Das gilt insbesondere für Frauen, deren Bewegungsfreiheit in Pakistan traditionell sehr eingeschränkt ist. Yegana Guliyeva sieht ein großes Problem in der wachsenden Zahl von sogenannten „no go areas“, Gebieten, in denen ein Aufenthalt lebensgefährlich ist, da die Situation jederzeit außer Kontrolle geraten kann. Die Möglichkeit, am sozialen Leben teilzunehmen, in Kinos, Theater oder Konzerte zu gehen, ist eingeschränkt, denn Selbstmordattentäter und -attentäterinnen suchen sich gezielt Orte aus, an denen es große Menschenansammlungen gibt. Das Gefühl, sich aus Sicherheitsgründen kaum bewegen zu können, eingesperrt zu sein, kann zu einer schweren psychischen Belastung werden.



Yegana Guliyeva
leitete von 2009 bis 2010
das Projektbüro der
Diakonie Katastrophenhilfe
in Pakistan

Sicherheit nach Plan

Alexander Abello

Vier Plastikstühle, ein paar Holzstöcke und viel Vorstellungsvermögen reichen manchmal aus, um eine Gefahrensituation zu simulieren und eigene Reaktionen zu überprüfen. „Mich hat die Aggressivität von zwei meiner Kollegen

überrascht“, meint Alexander Abello, Logistikbeauftragter des Diakonie-Büros in Bogotá. Auf einer Wiese hatten mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Straßenkontrolle simuliert. Auf der einen Seite ein Diakonie-Team, auf der anderen Seite fiktive Soldaten. Der Rest analysierte die Szene danach, um Fehler bei den Reaktionen auszumachen. Wer spricht, und was darf gesagt werden? Darf die Gruppe getrennt werden? In Stress-Situationen wichtige Details, die sitzen müssen.

Diese Übung war Teil eines zweitägigen Sicherheitstrainings, welches die Diakonie Katastrophenhilfe für die Mitarbeitenden in Kolumbien und Lateinamerika veranstaltet hat. Denn die Palette möglicher Risiken ist umfangreich: Naturkatastrophen wie Erdbeben und Hurrikans oder Entführungen, Landminen bis hin zu Gefechten in Konfliktsituationen begleiten permanent die Arbeit in der Region. „Das Ziel des Trainings war, mit der Ausarbeitung eines detaillierten Sicherheitsplans zu beginnen“, erklärt Regionaldirektor Hans-Georg Janze. „Dazu wurden zunächst alle Risiken und Gefahren in unserem Umfeld benannt und nach Wahrscheinlichkeiten und Folgen kategorisiert.“ Das sei wichtig gewesen, um Klarheit bei dem noch notwendigen Handlungsbedarf zu schaffen.

Regionale Sicherheitskomitees werden nun in den kommenden Wochen und Monaten an einem Sicherheitsplan tüfteln, der auf einer genauen Analyse der einzelnen Regionen beruht und konkrete Maßnahmen definiert. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die lokalen Gegebenheiten gelegt. „Die Situation in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá und den einzelnen Stadtvierteln ist eine andere als in den ländlichen Provinzen“, so Janze. „Deshalb wird es für die jeweiligen Regionen, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie Katastrophenhilfe aktiv sind, entsprechende lokale Sicherheitspläne geben.“ Wenn die verinnerlicht sind, ist ein wichtiger Schritt getan, denn auch unter den schwierigsten Bedingungen der humanitären Hilfe muss ein Höchstmaß an Sicherheit gelten.



Alexander Abello
Mitarbeiter im Büro der
Diakonie Katastrophenhilfe
in Bogotá

Verhindern, dass aus Konflikten Gewalt entsteht

Michael Windfuhr

Welche Entwicklungsarbeit ist für ein kirchliches Hilfswerk in Konfliktregionen möglich? Ein Rückzug aus konfliktgeladenen Regionen kommt nicht in Frage, da unserer Partner auch unter schwierigen Bedingungen auf unsere Unterstützung und unsere Solidarität vertrauen. Welche Rolle muss in den zum Teil lange andauernden und komplexen Konfliktsituationen die Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit spielen?

Die Herausforderungen an humanitäre Hilfe, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensarbeit sind komplexer geworden. Die Arbeit findet heute vielfach in einem Umfeld von fragiler oder nicht (mehr) vorhandener Staatlichkeit statt. Um Frieden langfristig zu sichern, müssen Menschenrechte geachtet, geschützt und aktiv verwirklicht werden. Es braucht stabile Verhältnisse und Möglichkeiten, um Konflikte konstruktiv und gewaltfrei zu transformieren. Frieden wird möglich, wenn sich eine starke Zivilgesellschaft, eine unabhängige Justiz, soziale Grundversorgung, transparente öffentliche Finanzen und ein Wirtschaftssystem, das der Bevölkerung ein ausreichendes Einkommen sichert, entwickeln. Doch in vielen Ländern sind weder die staatlichen noch die internationalen Akteure willens oder in der Lage, dies Wirklichkeit werden zu lassen.

Friedenspotenziale kirchlicher Partner nutzen

„Brot für die Welt“ steht an der Seite der Armen und fordert deren grundlegendsten Rechte und ein menschenwürdiges Dasein ein. Zwangsläufig führt das in die Auseinandersetzung mit den Kräften, die genau dies verhindern wollen. Der Name „Brot für die Welt“ ist Programm und der Titel des Grundsatzpapiers „Den Armen Gerechtigkeit“ eine Herausforderung zur Einmischung und zur Auseinandersetzung mit den Akteuren und Strukturen, die Ungerechtigkeit schaffen und zementieren. Da „Brot für die Welt“ eng mit kirchlichen Partnern zusammenarbeitet, gilt es, deren Friedenspotenziale – Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Unabhängigkeit – zu nutzen wo immer dies möglich ist. Gleichzeitig gilt es, möglicherweise konfliktverschärfende Aspekte religiöser Akteure zu erkennen und zu minimieren.

Im Team Menschenrechte wurde in den 1970er Jahren der menschenrechtliche Ansatz entwickelt. Er unterstützt Menschen, die in Konfliktsituationen für ihre Rechte und die Rechte anderer eintreten und deswegen verfolgt werden. Nicht selten ist das Leben dieser Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen, gefährdet. Sie bringen die menschenrechtlichen Standards zur Geltung und helfen Betroffenen, zu Beteiligten zu werden. Indem Betroffene gestärkt werden,

können sie ihre eigenen Forderungen und Bedürfnisse artikulieren, auf die politische und öffentliche Agenda setzen und in der politischen Auseinandersetzung verfolgen.

Menschenrechtsverteidiger sind längst nicht mehr nur Juristen, die sich für Meinungsfreiheit und gegen Folter und Verschwindenlassen engagieren, sondern auch Aktivisten, die sich gegen staatliche Verletzungen oder das Unterlassen von Unterstützung im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einsetzen, Gewerkschaftsführer, Frauenrechtlerinnen oder Aktivisten für das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser.

Konflikttransformation als Veränderungsprozess

Konflikte, solange sie gewaltfrei ausgetragen werden, können notwendig sein und positive Beiträge zur Entwicklung



leisten. Es geht nicht darum, Konflikte zu vermeiden oder zu unterdrücken, sondern zu verhindern, dass sie in Gewalt ausbrechen. In Konflikten muss es darum gehen, neue Beziehungen und gerechtere soziale Strukturen zu erreichen. Das Konzept der Konflikttransformation hat Raum für Zuspitzung, Advocacy, Menschenrechtsarbeit, aber auch für Versöhnung und nachhaltige Entwicklung. Transformation heißt Veränderung und macht deutlich, dass es um Prozesse geht, nicht um schnelle Lösungen. Der zeitliche Rahmen des Engagements ist daher auch ein anderer als der der Diakonie Katastrophenhilfe, die akut reagiert und überall dort hilft, wo die Not am größten ist. Gemeinsam ist beiden Organisationen, dass sie die Menschenrechte zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit machen, sei es mitten in einem Gewaltkonflikt oder im Zuge erfolgreicher Präventionsarbeit.

Transformationsprozesse lindern die Not, schaffen neue Beziehungen und einen Ort der Vergebung. Sie entwickeln Kompetenzen, bauen Institutionen auf und verhelfen der Wahrheit ans Licht. Sie fördern den Dialog zu Normen und Werten und lassen Hoffnung entstehen. All dies zusammen ermöglicht eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten, aktuell und zukünftig.

Konflikttransformation belässt es nicht dabei, eine Deeskalation offener Gewalt zu erreichen, auch wenn dies in vielen Situationen die Vorbedingung für eine weitere Arbeit darstellt. Zu oft bleiben die dahinter liegenden Strukturen von Ungerechtigkeit, aber auch von Macht, Ausbeutung und Profit verborgen. Indem Konflikttransformation auf eine gerechtere Machtverteilung abzielt, kann es an der Auseinandersetzung mit diesen Strukturen kein Vorbei geben und damit auch keine faulen Kompromisse.

Schwerpunkte in der Arbeit von „Brot für die Welt“

Schwerpunkte haben sich zu einzelnen Ländern (wie Sri Lanka oder Kolumbien) und zu Regionen (zum Beispiel das Horn von Afrika) gebildet. Schwerpunkte haben sich dann entwickelt, wenn

1. Austausch und Dialogprozesse von Partnern gefördert wurden;
2. über einzelne Projekte in der Konfliktregion hinaus die Bildung und das Engagement ökumenischer Strukturen und Netzwerke (finanziell und durch aktive Mitarbeit) unterstützt wurden und/oder
3. besonders intensive Kooperationen zwischen verschiedenen Abteilungen der Ökumenischen Diakonie zu spezifischen Konfliktregionen entstanden sind.

Schwerpunktbildung hat immer auch auf Initiative von Partnern stattgefunden. Aus den praktischen Erfordernissen haben sich regionale Schwerpunkte entwickelt, die der Arbeit der Ökumenischen Diakonie in Konfliktsituationen ihr derzeitiges Profil geben.

Darin kommen unsere Grundorientierungen
+ Konflikttransformation,
+ lokale Friedenspotenziale nutzen,
+ Genderngerechtigkeit,
+ menschenrechtliche Orientierung,
+ humanitäre Hilfe

als Beitrag zum Frieden in immer wieder neuen Konstellationen in der Arbeit vor Ort zum Tragen.

Thematische Schwerpunkte

In der Arbeit vieler Partner und in vielen Projektansätzen, vor allem in Afrika, hat sich das Thema „Rohstoffe und Konflikt“ als ein Handlungsschwerpunkt herausgestellt. Dies wurde vom Team Menschenrechte aufgenommen und vielfältig unterstützt. Die Transformation solcher Problemlagen kann weder durch einzelne Projekte noch durch einzelne Instrumente der Konfliktbearbeitung allein gelingen. Hier müssen viele Stränge zusammenlaufen, die auf den ersten Blick mit Konflikttransformation nur indirekt zu tun haben, wie die Bekämpfung der Korruption, die Unterbindung des illegalen Handels mit Rohstoffen oder die Stärkung der Bevölkerung in ihren Strukturen und ihrer Verhandlungsmacht. In ihrem Zusammenwirken erweist sich ihr transformierendes Potenzial als besonders wirksam.



Michael Windfuhr leitete von 2006 bis 2010 das Team Menschenrechte bei „Brot für die Welt“

GLOSSAR

Binnenvertriebene (engl. Internally Displaced Persons – IDPs) Binnenvertriebene sind Zivilisten, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt keine nationalen Grenzen überschreiten, sondern innerhalb des eigenen Landes bleiben.

Flüchtlinge Flüchtlinge sind Zivilisten, die aus Furcht vor Verfolgung und auf der Suche nach Schutz über eine Staatsgrenze fliehen. In der Genfer Flüchtlingskonvention werden Gründe für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus definiert und verbindliche Regeln zum Umgang mit Flüchtlingen festgelegt.

Humanitäres Völkerrecht Das humanitäre Völkerrecht ist ein international gültiges Sonderrecht, das für Situationen bewaffneter Konflikte geschaffen wurde. Seine Ursprünge gehen zurück auf die erste Genfer Konvention von 1864, die von zwölf Staaten unterzeichnet wurde und den Umgang mit verwundeten Soldaten und die medizinische Versorgung regelte. Die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts schützen Personen, die nicht oder nicht mehr an den Kriegshandlungen teilnehmen (wie Verwundete, Gefangene und Zivilisten) und legen den kriegsführenden Parteien Beschränkungen hinsichtlich der Art und Weise der Kriegsführung auf. Das Kernstück des humanitären Völkerrechts sind die vier Genfer Abkommen von 1949 und dessen Zusatzprotokolle von 1977 und 2005. Im Jahre 2002 wurde der Internationale Strafgerichtshof mit Sitz in Den Haag eingerichtet, um Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu verfolgen.

Innerstaatliche Kriege (Bürgerkrieg) Bewaffnete Konflikte, die im Hoheitsgebiet eines Staates zwischen dessen Streitkräften und abtrünnigen Streitkräften oder nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen ausgetragen werden, bezeichnet man als innerstaatlichen Krieg oder Bürgerkrieg. Dabei geht es meist entweder um die Umgestaltung des politischen Systems oder eine Sezession bzw. zumindest die Autonomie eines Teils des Territoriums eines Staates.

Konflikte Konflikte sind Interessengegensätze um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden. Ein bewaffneter Konflikt liegt vor, wenn es in zwischenstaatlichen Beziehungen zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt oder in einem anhaltenden Konflikt zwischen einer Regierung und organisierten, bewaffneten Gruppen oder zwischen solchen Gruppen innerhalb eines Staates.

Kriege Als Krieg bezeichnet man einen organisierten, mit Waffen gewaltsam ausgetragenen Konflikt zwischen Staaten bzw. zwischen Bevölkerungsgruppen eines Staates, an dem zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt sind, mit regulären Streitkräften der Regierung auf mindestens einer Seite. Kriegerische Konflikte sind gekennzeichnet durch ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes. Bei Kriegen handelt es sich immer um bewaffnete Operationen mit einer gewissen Kontinuität, die einer planmäßigen Strategie folgen.

Komplexe Krisen Unter komplexen Krisen versteht man vielschichtige humanitäre Krisen, die auf ein Zusammenspiel von ökonomischen, politischen und ökologischen Ursachen zurückzuführen sind. Sie produzieren in großem Umfang Hunger, Gewalt und Vertreibung und haben eine hohe Zahl ziviler Opfer (Tote, Flüchtlinge, Vertriebene) zur Folge. Es gibt keine klaren Anfangs- und Endpunkte. Beispiele für solche Krisen, die heute noch andauern, sind die Konflikte in Somalia, Darfur oder im Gebiet der Großen Seen in Afrika.

Zivil-militärische Zusammenarbeit Unter zivil-militärischer Zusammenarbeit versteht man die Zusammenarbeit militärischer Abteilungen und Einheiten mit zivilen Behörden, Institutionen und Einrichtungen. Im engeren Sinne fallen darunter einsatzbegleitende Maßnahmen der Streitkräfte in Form humanitärer Hilfe, die der Vertrauensbildung gegenüber der lokalen Bevölkerung dienen sollen. Humanitäre Organisationen sehen in der Vermischung von zivilen und militärischen Akteuren jedoch eine Gefahr für die Unabhängigkeit der humanitären Hilfe. Sie fordern daher, dass Streitkräfte die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau zivilen Akteuren überlassen sollten.

ABKÜRZUNGEN

ACT	Action by Churches Together (Kirchen helfen gemeinsam)
AKUF	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Hamburg
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAPNI	Christian Aid Program Nohadra Iraq (Christliches Hilfsprogramm Nordirak)
CJPS	Center for Justice and Peace Studies (Zentrum für Gerechtigkeit und Friedensforschung)
DBG	Daryeel Bulsho Guud (Hilfe für Alle), Somalia
Difäm	Deutsches Institut für ärztliche Mission, Tübingen
ECHO	European Commission's Humanitarian Aid department (Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission)
LRRD	Linking Relief, Rehabilitation and Development (Verbindung von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungshilfe)
LWF	Lutheran World Federation (Lutherischer Weltbund)
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo (Friedensmission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo)
PAP-RDC	Programme d'Assistance aux Pygmées en R.D. Congo (Programm zur Unterstützung der Pygmäen in der DR Kongo)
SPLM/A	Sudan People's Liberation Movement/Army (Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/Armee)

Impressum

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, kontakt@diakonie-katastrophenhilfe.de
Redaktion Jörg Jenrich, Angelika Söhne, Stefan Libisch, Anne Dreyer (V.i.d.S.P.)
Gestaltung Factor Design, Hamburg
Druck Deile GmbH, Tübingen
Papier 100% Altpapier
Art. Nr. 219 100 250, Erstauflage Mai 2010, 3. Auflage September 2017

Fotonachweis

Titel Christoph Püschner **Seite 03** Christoph Püschner **Seite 04** Tarik Tinazay, privat **Seite 10** Kirsten Schwanke-Adiang/Diakonie Katastrophenhilfe **Seite 13** PAP-RDC **Seite 14** DGB; privat **Seite 16** DGB **Seite 18** Jörg Böhling **Seite 18** Christoph Püschner **Seite 19** Jörg Böhling **Seite 20** Eva-Maria Hobiger **Seite 20** Tommy Bouchiba **Seite 21** Tommy Bouchiba **Seite 22** Tierra de Paz, privat **Seite 22** Tierra de Paz **Seite 24** Thomas Lohnes **Seite 26** Christoph Püschner **Seite 27** Christoph Püschner **Seite 28** Nils Carstensen **Seite 29** Christoph Püschner **Seite 34** Tarik Tinazay **Seite 31/32** PAP-RDC **Seite 34 -37** Kirsten Schwanke-Adiang/Diakonie Katastrophenhilfe **Seite 38** Christoph Püschner **Seite 39** Rainer Lang/Diakonie Katastrophenhilfe, Tommy Ramm/Diakonie Katastrophenhilfe **Seite 40** Christoph Püschner **Seite 41** Jörg Böhling

So helfen Sie

Evangelische Bank

IBAN DE68 5206 0410 0000 5025 02

oder Online spenden unter:

www.diakonie-katastrophenhilfe.de/spenden

Diakonie Katastrophenhilfe

Caroline-Michaelis-Straße 1

10115 Berlin

Telefon 030 65211 4711

Telefax 030 65211 3333

service@diakonie-katastrophenhilfe.de

www.diakonie-katastrophenhilfe.de